



Mittelfristige Finanzplanung 2017 – 2021



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR FINANZEN

**Mittelfristige Finanzplanung
des Landes Baden-Württemberg
für die Jahre 2017 bis 2021**

Stand: Januar 2018

Herausgegeben vom Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Internet: www.fm.baden-wuerttemberg.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Abbildungsverzeichnis | 3 |
| Vorwort von Finanzministerin Edith Sitzmann | 4 |
| I. Allgemeine Grundlagen und Funktionen der Finanzplanung | 6 |
| 1. Gesetzliche Grundlagen | 6 |
| 2. Aufgabe der Finanzplanung | 6 |
| 3. Planungszeitraum und -daten..... | 7 |
| II. Wirtschaftliches und finanzpolitisches Umfeld der Finanzplanung..... | |
| 2017 bis 2021 | 8 |
| 1. Wirtschaftliche Rahmendaten der Finanzplanung | 8 |
| 2. Finanzpolitische Lage..... | 10 |
| a) Verschuldung des Landes Baden-Württemberg..... | 10 |
| b) Gesetzliche Begrenzung der Neuverschuldung..... | 12 |
| c) Stabilitätsrat..... | 14 |
| III. Der baden-württembergische Landeshaushalt | 15 |
| 1. Allgemeines | 15 |
| 2. Einnahmen | 16 |
| a) Steuereinnahmen | 17 |
| b) Übrige Einnahmen..... | 18 |
| c) Netto-Kreditaufnahme | 18 |
| 3. Ausgaben | 19 |
| a) Personalausgaben..... | 20 |
| b) Sachausgaben..... | 21 |
| c) Abbau (impliziter) Verschuldung..... | 25 |
| Tabellenanhang..... | 33 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildung 1: Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in der Steuerschätzung vom November 2017 [in von Hundert] | 9 |
| Abbildung 2: Zeitreihen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Anzahl offener Stellen in Baden-Württemberg [Anzahl] | 10 |
| Abbildung 3: Entwicklung des Standes der Kreditmarktschulden, 1952 - 2019 [Mio. Euro] | 11 |
| Abbildung 4: Pro-Kopf-Verschuldung der westdeutschen Flächenländer am Kreditmarkt zum 31.12.2016; Einwohnerstand zum 30.06.2016 [Euro] | 11 |
| Abbildung 5: Kennziffern zur Haushaltsüberwachung Baden-Württemberg 2017 | 14 |
| Abbildung 6: Anteil von Steuereinnahmen und übrigen Einnahmen im Finanzplanungszeitraum [Prozent] | 16 |
| Abbildung 7: Einnahmen nach Arten, 2018 [Prozent] | 17 |
| Abbildung 8: Ausgaben nach Arten, 2018 [Prozent] | 19 |
| Abbildung 9: Aufteilung der Personalausgaben des Jahres 2018 nach Aufgabenbereichen [Prozent] | 21 |
| Abbildung 10: Flüchtlingsbezogene Ausgaben des Landes [Mrd. Euro] | 24 |
| Abbildung 11: Kreditfinanzierungsquote [Anteil der Nettokreditaufnahme an den Bereinigten Gesamtausgaben, Prozent] | 26 |
| Abbildung 12: Geplanter Abbau der (impliziten) Verschuldung, 2017-2021 [Mio. Euro] | 28 |
| Abbildung 13: Entwicklung der Versorgungsempfänger/-innen bis 2030 [Anzahl] | 29 |

Vorwort

Nachhaltig und generationengerecht - das ist unser Anspruch an unsere Haushaltspolitik. Wir wollen die Finanzen des Landes dauerhaft auf eine solide Basis stellen und die grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 souverän und verlässlich einhalten. Dafür konsolidieren wir konsequent und machen schon jetzt keinen Cent neue Schulden. Im Gegenteil: Wir sorgen für die Zukunft vor und bauen Schulden ab.

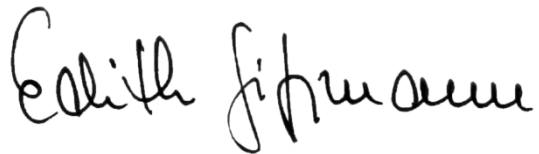


Dass die eingeleiteten Maßnahmen wirken, zeigt sich in der Mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2017 bis 2021. Der haushaltswirtschaftliche Handlungsbedarf hat sich dank der nachhaltigen Konsolidierungsanstrengung im Doppelhaushalt 2018/2019 und der guten konjunkturellen Entwicklung gegenüber der bisherigen Finanzplanung 2016 bis 2020 deutlich verringert. Dabei berücksichtigt die aktuelle Finanzplanung weiterhin das bewährte Prinzip einer vorsichtigen und vorausschauenden Haushaltsplanung.

Die gute Entwicklung der Steuereinnahmen hat nach § 18 LHO seit dem Haushaltsjahr 2017 zu einer Tilgungsverpflichtung geführt. Das gab uns die historisch einmalige Möglichkeit für zusätzliche Investitionen in die Sanierung und den Erhalt von Straßen und Gebäuden, den Einstieg in die Kreditmarktschuldentilgung und die Stärkung des Versorgungsfonds. Zudem lösen wir noch bestehende Kreditermächtigungen, die mit der Schuldenbremse ab 2020 nicht mehr in Anspruch genommen werden können, durch Kassenmittel ab.

Die Sanierungs- und Erhaltungsinvestitionen sind zusätzliche Investitionen des Landes. Somit ist eine Steigerung der öffentlichen Investitionsquote zu erwarten, die langfristig eine höhere Produktivität und eine geringere Verschuldung auslöst. Dies ist ein wesentlicher Beitrag für die Zukunftsfähigkeit des Landeshaushalts. So wollen wir auch weiter konsequent vorgehen:

Es ist geplant, ab 2020 die begonnenen finanziellen Anstrengungen fortzusetzen und damit eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik dauerhaft sicherzustellen.

A handwritten signature in black ink, reading "Edith Sitzmann". The script is cursive and fluid, with the first name "Edith" written in a larger, more prominent hand than the last name "Sitzmann".

Edith Sitzmann MdL
Ministerin für Finanzen Baden-Württemberg

I. Allgemeine Grundlagen und Funktionen der Finanzplanung

1. Gesetzliche Grundlagen

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 (BGBl. I Seite 582) in Verbindung mit § 50 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19.08.1969 (BGBl. I Seite 1273) ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine mehrjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. In der Finanzplanung soll dargestellt werden, welche Ausgaben die Regierung im mittelfristigen Zeitraum im Gesamtrahmen erwartet, welcher haushaltswirtschaftliche Handlungsbedarf sich daraus ergibt und wie sich die voraussichtliche Haushaltsentwicklung in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung einpasst.

Die Mittelfristige Finanzplanung (Mifrfi), die gemäß § 31 der Landeshaushaltsordnung (LHO) von Baden-Württemberg durch die Ministerin für Finanzen aufgestellt und von der Landesregierung beschlossen wird, ist jährlich fortzuschreiben und den veränderten finanz- und gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen.

2. Aufgabe der Finanzplanung

Die Finanzplanung hat eine politische Programmfunktion, eine wirtschaftspolitische Lenkungsfunktion, eine Koordinierungs- und Informationsfunktion und eine finanzpolitische Ordnungsfunktion. In der Praxis richtet sich der Fokus in erster Linie auf die finanzpolitische Ordnungsfunktion.

Die finanzpolitische Ordnungsfunktion soll die mehrjährige Haushaltssicherung gewährleisten. Sie zeigt die finanziellen Rahmenbedingungen, unter welchen im mittelfristigen Planungszeitraum ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben erfolgen muss.

Planungsinstrument ohne Umsetzungs- und Vollzugsverbindlichkeit

Mit der Informationsfunktion der Finanzplanung soll nicht nur das Parlament und die Öffentlichkeit, sondern auch die Verwaltung selbst über den finanzpolitischen Kurs der Regierung und über den mittelfristig erwarteten Ausgabenbedarf informiert werden.

Die konkrete Umsetzung der Finanzplanungsdaten in die Haushaltswirklichkeit erfolgt in den künftigen Haushalten und in deren Vollzug. Dementsprechend wird die Mifri dem Landtag zur Kenntnis und nicht zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Finanzplanung ist eine Momentaufnahme der Finanzsituation des Landes. Sie enthält Einnahmen und Ausgaben nach der gegenwärtig überschaubaren Sach- und Rechtslage. Strukturelle Änderungen bei den getroffenen Annahmen in den Basisjahren wirken sich unmittelbar auf die Planjahre aus. Außerdem besteht das Risiko, dass die unterstellte konjunkturelle Entwicklung, das im Voraus geschätzte Steueraufkommen oder die allgemeine Preis- und Zinsentwicklung anders als angenommen verlaufen.

3. *Planungszeitraum und -daten*

Die vorliegende Finanzplanung umfasst die Jahre 2017 bis 2021.

Für das Jahr 2017 entspricht die Finanzplanung den Soll-Ansätzen des Staatshaushaltsplans 2017 in der Fassung des "Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2017" vom 22. Februar 2017 (GBl. S. 78ff). Für die Jahre 2018 und 2019 sind die Soll-Ansätze des Staatshaushaltsplans 2018/2019 in der Fassung des "Gesetzes über die Feststellung des Staatshaushaltsplans für die Haushaltsjahre 2018 und 2019" vom 20. Dezember 2017 (GBl. S. 652ff.) zu Grunde gelegt, welche die Basis für die Fortschreibung der Jahre 2020 und 2021 bilden.

Die Landesregierung hat mit ihrer Beschlussfassung zur Mifri für die Jahre 2017 bis 2021 das Ministerium für Finanzen beauftragt, Änderungen, die sich aus der Beschlussfassung des Landtags zum Staatshaushaltsplan 2018/2019 ergeben haben, einzuarbeiten und fortzuschreiben.

Die eigentlichen Finanzplanungsjahre sind damit die Jahre 2020 und 2021.

II. Wirtschaftliches und finanzpolitisches Umfeld der Finanzplanung 2017 bis 2021

1. Wirtschaftliche Rahmendaten der Finanzplanung

Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer stabilen Verfassung und bleibt weiterhin aufwärtsgerichtet. In ihrer Herbstprojektion vom Oktober 2017 erwartete die Bundesregierung für das Jahr 2017 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 2,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr, in den Jahren 2018 bzw. 2019 sollen die Zuwachsraten 1,9 bzw. 1,7 Prozent betragen und für die Jahre 2020 bis 2022 werden Zuwachsraten von jeweils 1,3 Prozent erwartet.

Nach einem Wachstum von 2,2 Prozent im Jahr 2016 (Bund: 1,9 Prozent) hat sich der Aufwärtstrend in der baden-württembergischen Wirtschaft weiter verstetigt. Die reale Wirtschaftsleistung (BIP) stieg im ersten Halbjahr 2017 auf erneut hoher Vorjahresbasis um 2,1 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 (Bund +2,0 Prozent). Die im Land stark vertretene Exportwirtschaft profitiert dabei von einem relativ niedrigen Euro-Wechselkurs sowie von weiterhin niedrigen Rohstoffpreisen, so dass trotz des nur wenig anziehenden Welthandels die Exporte etwas anziehen dürften. Zudem trägt die binnenwirtschaftliche Entwicklung, die von einer guten Arbeitsmarktlage, hohen realen Einkommenszuwächsen und niedrigen Verbraucherpreisen begünstigt wird, zum Wachstum bei. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich das Wirtschaftswachstum solide fortsetzen, allerdings weisen die weiter vorausschauenden Wirtschaftsindikatoren auf eine leichte Abschwächung des Wachstums ab den Jahren 2019/2020 hin. Für das Gesamtjahr 2017 kann von einem Wachstum im Land im Bereich des Bundeswertes von ungefähr 2,0 Prozent ausgegangen werden.

Nach den Einschätzungen internationaler Organisationen dürfte sich der Welthandel im Laufe des Jahres 2018 leicht beschleunigen. Die Exportperspektiven in Deutschland und besonders in Baden-Württemberg fallen somit günstig aus. Von der Binnenwirtschaft, hier vor allem vom privaten Konsum, dürften wiederum kräftige Wachstumsimpulse ausgehen. Daher kann auch im Jahr 2018 mit einer stabilen Konjunktur gerechnet werden. Jedoch muss auch auf Risiken hingewiesen werden, die im außenwirtschaftlichen Umfeld liegen. Dies sind die geopolitischen Spannungen im Nahen Osten, evtl. Folgen der Brexit-Entscheidung und das Abflachen der wirtschaftlichen Entwicklung in den größeren Schwellenländern.

In ihrer Mittelfristprognose vom Herbst 2017, die auch der Steuerschätzung vom November 2017 zugrunde lag, geht die Bundesregierung trotz bestehender Risiken von einem zunehmendem Wachstum der Weltwirtschaft und einer aufwärtsgerichteten Entwicklung des Welthandelsvolumens aus. Trotz der weiterhin niedrigen Wachstumsperspektiven der Schwellenländer wird der Bedarf an deutschen hochwertigen Exportgütern groß und die mittelfristigen Exportchancen der deutschen Wirtschaft entsprechend günstig bleiben, wodurch sich auch Impulse für die Investitionstätigkeit der heimischen Wirtschaft ergeben. Auch die nach wie vor wichtigen Handelspartner im Eurogebiet sollen wieder einen etwas höheren Wachstumspfad erreichen.

Bei weiterhin leichter Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen und damit verbundenen guten Einkommensperspektiven kann außerdem auch in mittelfristiger Hinsicht von einer Zunahme des privaten Verbrauchs und damit einer Stützung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums durch die Binnennachfrage ausgegangen werden.

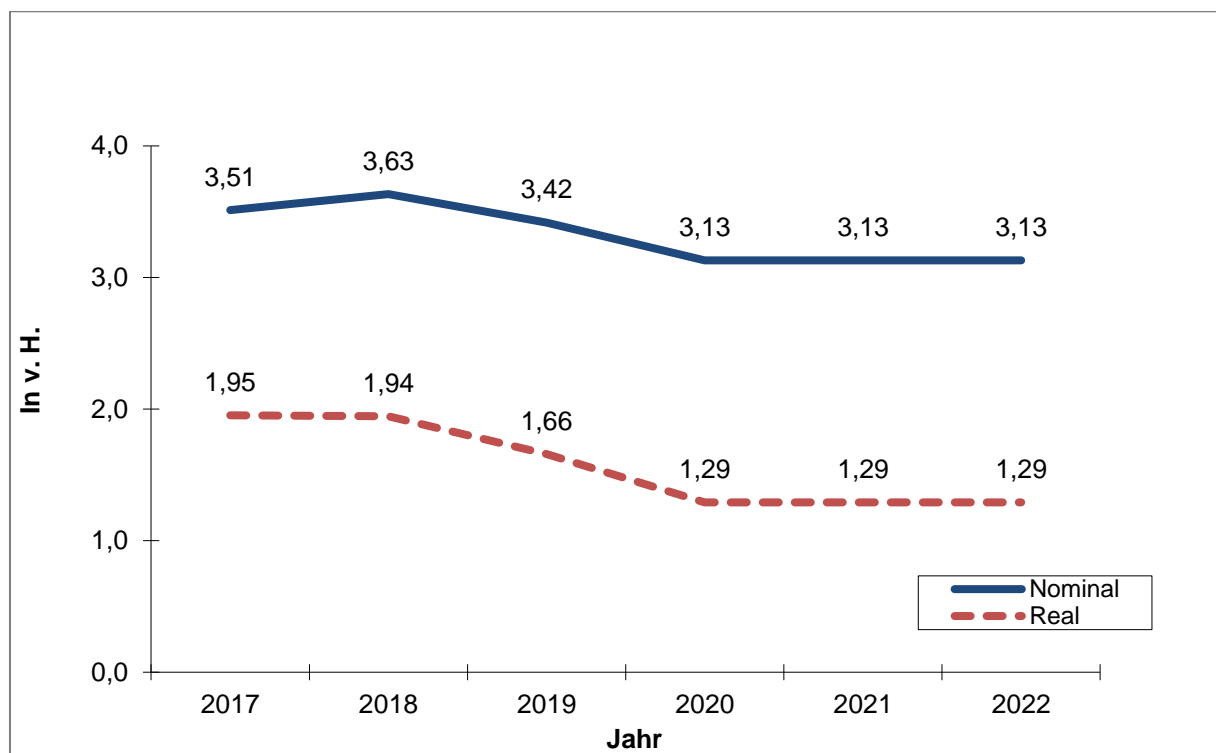


Abbildung 1: Wachstumsprognose des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland in der Steuerschätzung vom November 2017 [in von Hundert]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg / Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

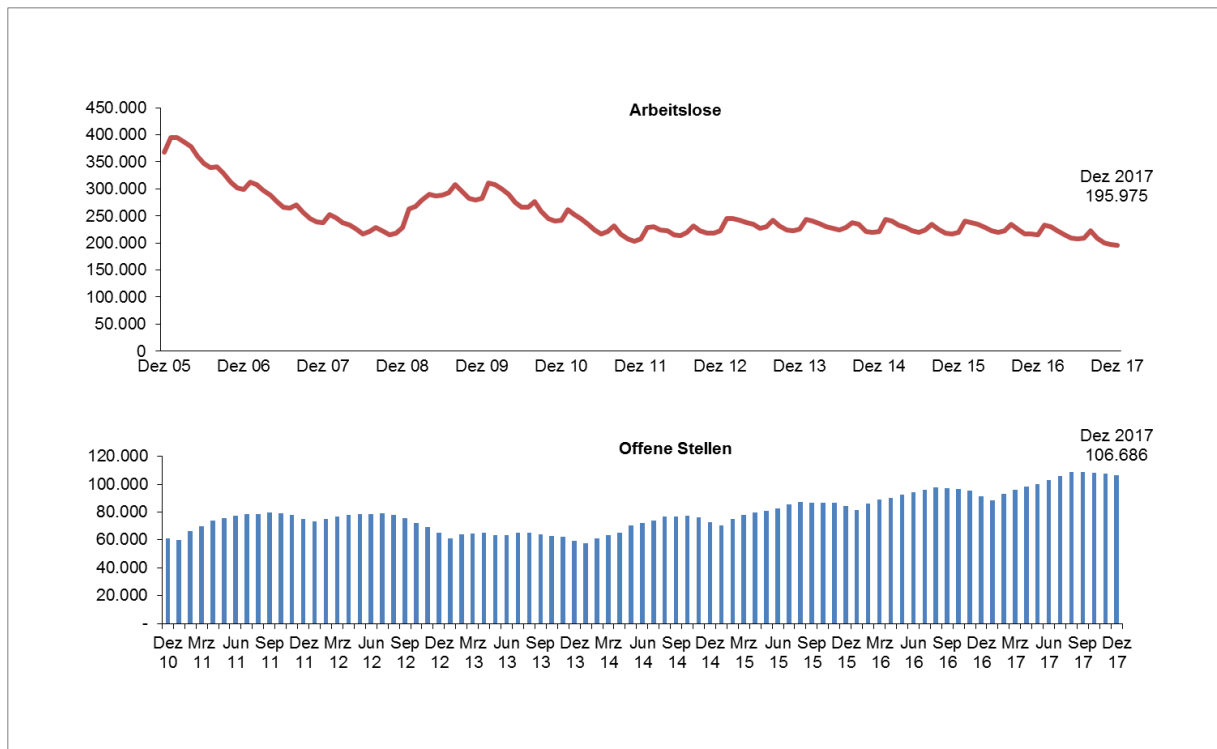


Abbildung 2: Zeitreihen zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Anzahl offener Stellen in Baden-Württemberg [Anzahl]

Quelle: Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

2. Finanzpolitische Lage

a) Verschuldung des Landes Baden-Württemberg

Die Kreditmarktverschuldung des Landes Baden-Württemberg inklusive der bestehenden Kreditrahmenverträge beträgt zum Stand 31.12.2017 rund 46,3 Mrd. Euro.

Der Schuldenstand ohne Extrahaushalte¹ hat sich wie folgt entwickelt:

¹ Die Verschuldung der Extrahaushalte für das Jahr 2017 wurde von Destatis noch nicht veröffentlicht. Die Verschuldung des Landes Baden-Württemberg inkl. Extrahaushalte beträgt lt. der aktuellen verfügbaren jährlichen Schuldenstatistik (endgültiges Ergebnis) am 31.12.2016 rd. 53,1 Mrd. Euro. Quelle: Destatis, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicheFinanzen/Schulden/Tabellen/SchuldenLaender_311216.html (aufgerufen am 09.01.2018).

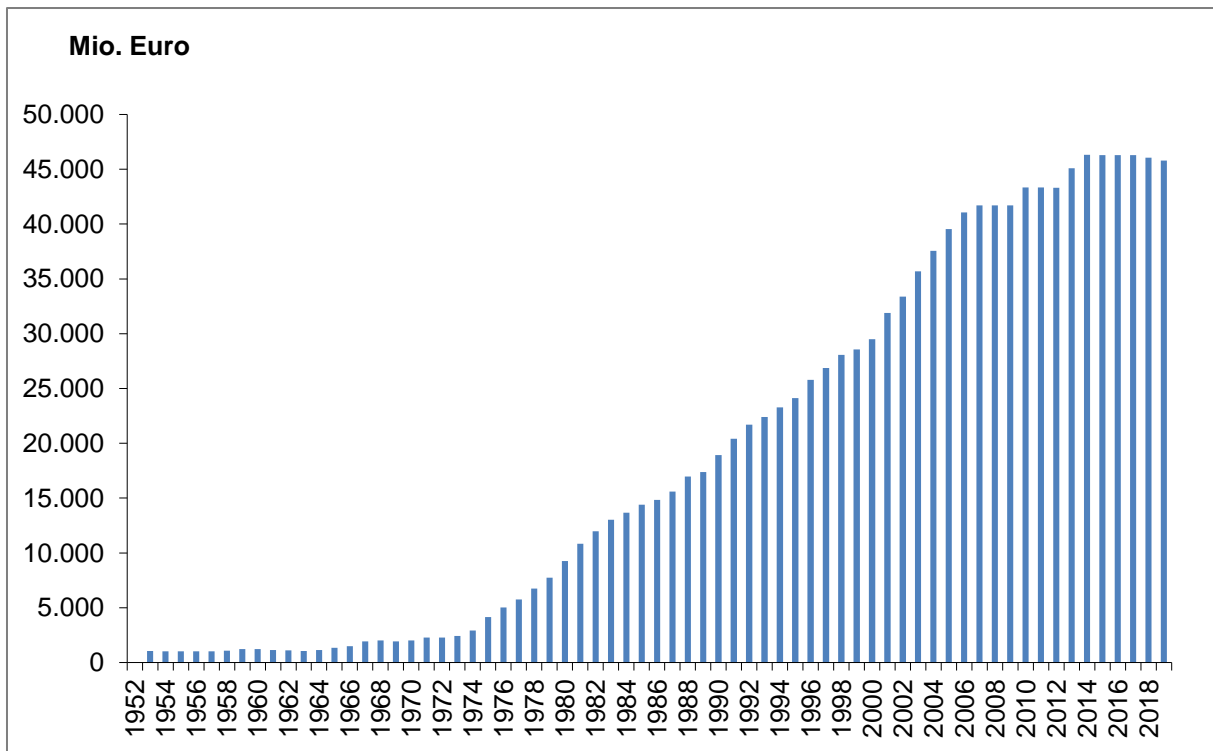


Abbildung 3: Entwicklung des Standes der Kreditmarktschulden, 1952 - 2019 [Mio. Euro]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Werte 2018 und 2019 Fortschreibung lt. ausgewiesener Nettokreditaufnahme gem. StHPI. 2018/2019.

Sowohl in den Jahren 2015 und 2016 als auch im Jahr 2017 konnte eine Nettonullverschuldung erzielt werden. In den Jahren 2018 und 2019 sollen pro Jahr 250 Mio. Euro der Kreditmarktschulden getilgt werden.

Im Ländervergleich weist Baden-Württemberg nach Bayern die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aus:

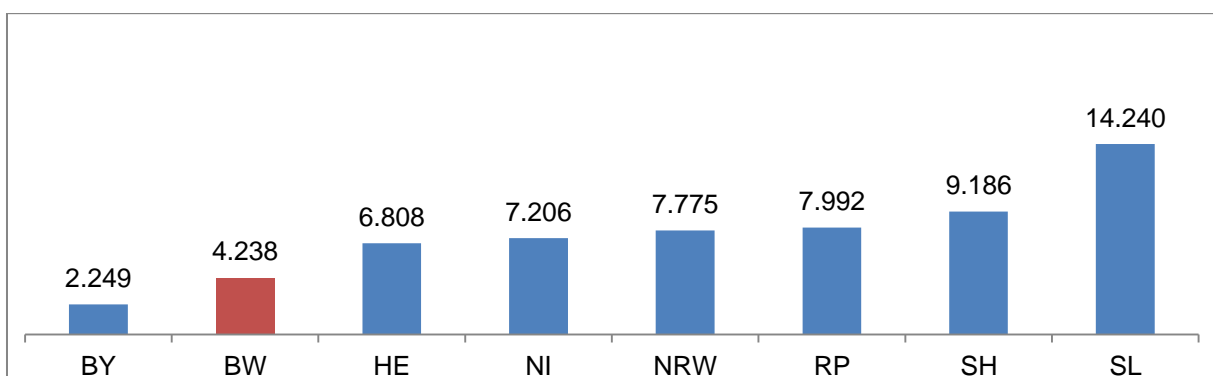


Abbildung 4: Pro-Kopf-Verschuldung der westdeutschen Flächenländer am Kreditmarkt zum 31.12.2016; Einwohnerstand zum 30.06.2016 [Euro]

Quelle: Bundesministerium der Finanzen; Einwohnerstand zum 30.06.2016

Anmerkung: Wert für BY und BW gemäß haushaltsmäßiger Abgrenzung.

b) Gesetzliche Begrenzung der Neuverschuldung

aa) Rechtslage bis einschließlich 2019

Nach Art. 84 Landesverfassung dürfen die Einnahmen aus Krediten - ähnlich der früheren Regelungen des Grundgesetzes - die Summe der Investitionen nicht überschreiten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts.

In § 18 LHO ist der schrittweise Abbau der Neuverschuldung ab dem Jahr 2013 festgelegt. Mit der Verordnung des Finanzministeriums zur zulässigen Kreditaufnahme nach § 18 LHO (VO zu § 18 LHO) wird die Berechnung der jeweils zulässigen Kreditaufnahme konkretisiert. Danach ist zur Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme der für das jeweilige Jahr festgelegte Basiswert (§ 1 Abs. 1 VO zu § 18 LHO) mit der Steuerschwankungskomponente und der Finanztransaktionskomponente zu verrechnen.

Die Steuerschwankungskomponente nach § 2 VO zu § 18 LHO ergibt sich aus dem Unterschied zwischen den Nettosteuerereinnahmen zum langfristigen Steuereinnahmenniveau (Trendsteuerereinnahmen).

Die Finanztransaktionskomponente ergibt sich aus dem Unterschied der Einnahmen und Ausgaben bei den in § 3 Abs. 2 VO zu § 18 LHO genannten finanziellen Transaktionen (Erwerb und Veräußerung von Beteiligungen, Kreditaufnahmen und Tilgungen beim öffentlichen Bereich sowie Darlehensvergaben und Darlehensrückflüsse).

Eine positive Steuerschwankungskomponente bzw. Finanztransaktionskomponente ist vom Basiswert abzuziehen und vermindert somit die zulässige Kreditaufnahme. Ist die Summe der Steuerschwankungskomponente und der Finanztransaktionskomponente negativ, ist sie dem Basiswert hinzuzurechnen und erhöht die zulässige Kreditaufnahme.

In Fällen von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Landes entziehen und dessen Finanzlage erheblich beeinträchtigen, dürfen zusätzliche Kredite aufgenommen werden. Diese sind in angemessener Zeit zurückzuführen, was in einem Tilgungsplan festgelegt wird.

bb) Rechtslage ab 2020

Ab dem Haushaltsjahr 2020 greift die Regelung des § 18 LHO und der VO zu § 18 LHO nicht mehr. Dann gilt die Schuldenbremse nach Art. 109 Grundgesetz (GG), wonach die Haushalte der Länder grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind.

Bei entsprechender landesrechtlicher Regelung sind Ausnahmen für Konjunkturschwankungen (hier sind konjunkturell bedingte Schuldenaufnahmen zugelassen, sie sind jedoch in wirtschaftlich besseren Zeiten wieder zurückzuführen) und für außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, möglich.

Die landesrechtliche Umsetzung der grundgesetzlichen Schuldenbremse steht noch aus.

c) Stabilitätsrat

Der Stabilitätsrat überwacht laufend die Haushalte des Bundes und der Länder, um drohende Haushaltsnotlagen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Zur Beurteilung der Haushaltslage wurden vier Haushaltskennziffern und entsprechende Schwellenwerte festgelegt, die in der aktuellen Haushaltslage und im Finanzplanungszeitraum untersucht werden.

Baden-Württemberg weist in dem im Oktober 2017 vorgelegten Stabilitätsbericht des Landes folgende Kennziffern² auf:

| | | Aktuelle Haushaltslage | | | Überschreitung | Finanzplanung | | | | Überschreitung |
|---|---------------|---|----------|-----------|----------------|---------------|----------|----------|----------|----------------|
| | | Ist 2015 | Ist 2016 | Soll 2017 | | FPI 2018 | FPI 2019 | FPI 2020 | FPI 2021 | |
| Struktureller Finanzierungssaldo | Euro je Einw. | 76 | 83 | 32 | nein | 111 | 143 | 195 | k.A. | nein |
| <i>Schwellenwert</i> | | -153 | -97 | -242 | | -342 | -342 | -342 | -342 | |
| <i>Länderdurchschnitt</i> | | 47 | 103 | -42 | | | | | | |
| Kreditfinanzierungsquote | % | -1,6 | -1,2 | -1,8 | nein | -1,2 | -1,2 | -1,2 | k.A. | nein |
| <i>Schwellenwert</i> | | 2,3 | 1,8 | 3,1 | | 7,1 | 7,1 | 7,1 | 7,1 | |
| <i>Länderdurchschnitt</i> | | -0,7 | -1,2 | 0,1 | | | | | | |
| Zins-Steuer-Quote | % | 4,7 | 4,2 | 4,7 | nein | 5,0 | 5,3 | 5,1 | k.A. | nein |
| <i>Schwellenwert</i> | | 7,9 | 6,6 | 6,7 | | 7,7 | 7,7 | 7,7 | 7,7 | |
| <i>Länderdurchschnitt</i> | | 5,7 | 4,7 | 4,8 | | | | | | |
| Schuldenstand | Euro je Einw. | 4.296 | 4.256 | 4.256 | nein | 4.256 | 4.256 | 4.256 | k.A. | nein |
| <i>Schwellenwert</i> | | 8.825 | 8.852 | 8.887 | | 9.087 | 9.287 | 9.487 | 9.687 | |
| <i>Länderdurchschnitt</i> | | 6.789 | 6.809 | 6.836 | | | | | | |
| Auffälligkeit im Zeitraum | | nein | | | | nein | | | | |
| Ergebnis der Kennziffern | | Eine Haushaltsnotlage droht nicht. | | | | | | | | |

Abbildung 5: Kennziffern zur Haushaltsüberwachung Baden-Württemberg 2017

Quelle: Stabilitätsbericht 2017 des Landes Baden-Württemberg

Danach ergeben sich in keinem Bereich und in keinem Zeitraum Auffälligkeiten, die einen Hinweis auf eine drohende Haushaltsnotlage im Land geben.

² Datenstand: Siehe Stabilitätsbericht des Landes Baden-Württemberg 2017, Seite 3

Nähere Informationen und Details zu Aufbau, Organisation, Arbeitsweise und Aufgaben des Stabilitätsrats können dessen Homepage entnommen werden (www.stabilitaetsrat.de). Auf dieser werden auch sämtliche Beratungsunterlagen, alle Beschlüsse und die Stabilitätsberichte des Bundes und der Länder veröffentlicht.

III. Der baden-württembergische Landeshaushalt

1. Allgemeines

Die Finanzplanung sieht ein formales Haushaltsvolumen von rd. 47,9 Mrd. Euro im Jahr 2017 auf der Basis des Staatshaushaltsplans 2017 sowie rd. 50,5 Mrd. Euro im Jahr 2018 und rd. 51,9 Mrd. Euro im Jahr 2019 auf der Basis des Staatshaushaltsplans 2018/2019 vor.

Bei den Ausgaben sind im Doppelhaushalt 2018/2019 unter anderem in folgenden Bereichen Steigerungen zu verzeichnen:

- Mehrausgaben zur Tilgung der impliziten Verschuldung, die sich gem. der VO zu § 18 LHO aus einem Anteil der Steuereinnahmen ergeben (rd. 1.737 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 2.071 Mio. Euro (2019)),
- strukturelle Mehrausgaben zur politischen Schwerpunktsetzung (rd. 250 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 442 Mio. Euro (2019)) sowie
- Mehrausgaben für Maßnahmen im Bereich Digitalisierung (rd. 145 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 165 Mio. Euro (2019)) und
- weitere einmalige Maßnahmen (rd. 213 Mio. Euro (2018) bzw. rd. 160 Mio. Euro (2019)).

Insbesondere zur Finanzierung der (einmaligen) Ausgaben (Investitions- und Digitalisierungsausgaben) wurden auf der Einnahmenseite auch Überschüsse aus Vorjahren veranschlagt.

Aufgrund der erwarteten Nettosteuerereinnahmen entstehen auch für die Jahre 2018 und 2019 rechnerische Tilgungsverpflichtungen nach § 18 LHO i. V. m. der VO zu § 18 LHO. Die errechneten Verpflichtungsbeträge dienen dem Abbau der (impliziten) Verschuldung.

Für die Digitalisierungsoffensive wurden erstmals zusätzliche Mittel für die Planjahre 2020 und 2021 aufgenommen. Dabei ist ein Teil entsprechend der ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen in den Einzelplänen, der Rest als Pauschale im Einzelplan 12 eingeplant. Die für die 16. Legislaturperiode insgesamt vorgesehenen Fi-

nanzmittel für Digitalisierungsmaßnahmen werden nach dem jetzigen Planungsstand die 1,0 Mrd. Euro-Marke übersteigen.

Die Mehrausgaben in der Finanzplanung sowie die Tilgungsverpflichtung führen zu einem weiterhin bestehenden Haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarf. Dieser konnte zwar mit der Konsolidierungsanstrengung in 2018 und 2019 und auf Grund der guten konjunkturellen Entwicklung in nennenswertem Umfang reduziert werden. Für die sichere Einhaltung der Schuldenbremse ab 2020 müssen die Konsolidierungsbemühungen aber fortgesetzt werden:

| Mio. Euro | 2020 | 2021 |
|---|--------|--------|
| Haushaltswirtschaftlicher Handlungsbedarf | -157,7 | -450,1 |

2. Einnahmen

Die Struktur der Einnahmen des Landes auf der Basis der Plandaten stellt sich wie folgt dar:

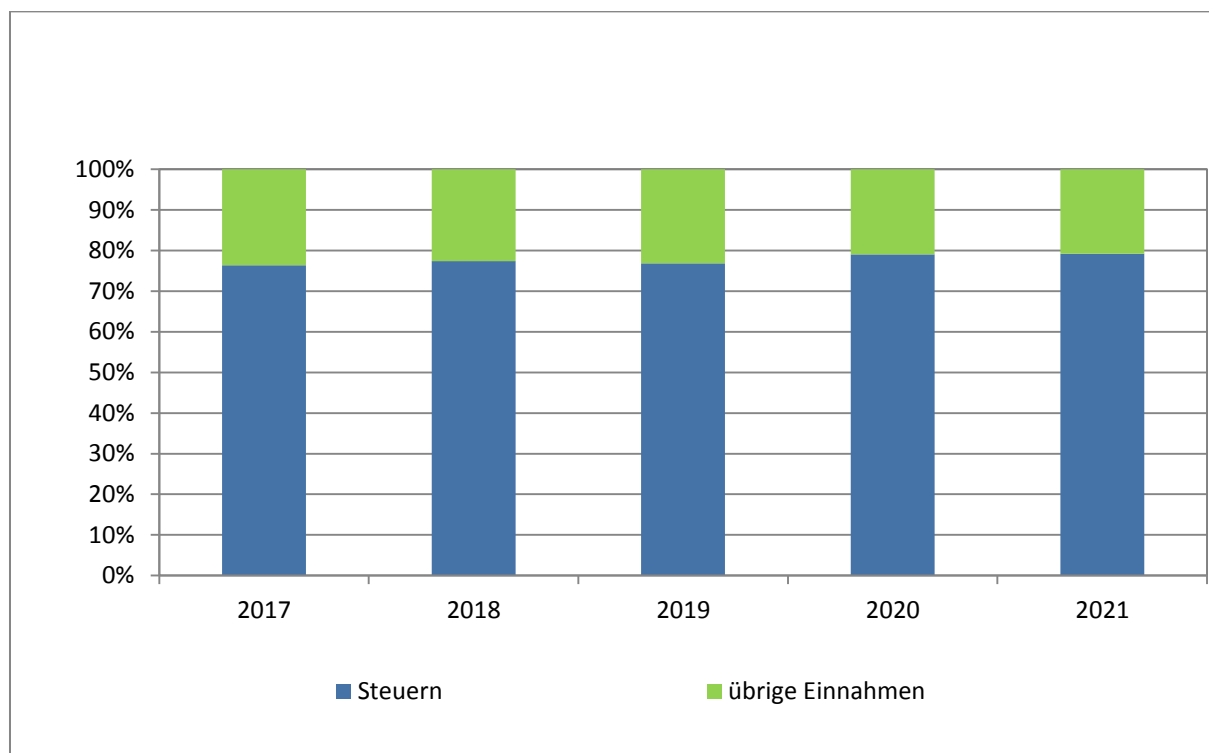


Abbildung 6: Anteil von Steuereinnahmen und übrigen Einnahmen im Finanzplanungszeitraum [Prozent]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Von 2017 bis 2021 liegt der Anteil der Steuereinnahmen zwischen 76,3 Prozent und 79,2 Prozent der in der Mifrfi eingestellten Gesamteinnahmen.

Der Anteil der übrigen Einnahmen an den Gesamteinnahmen schwankt im Zeitraum der Mifrfi zwischen 20,8 Prozent (2021) und 23,7 Prozent (2017).

Im Detail untergliedern sich die Einnahmen im Jahr 2018 wie folgt:

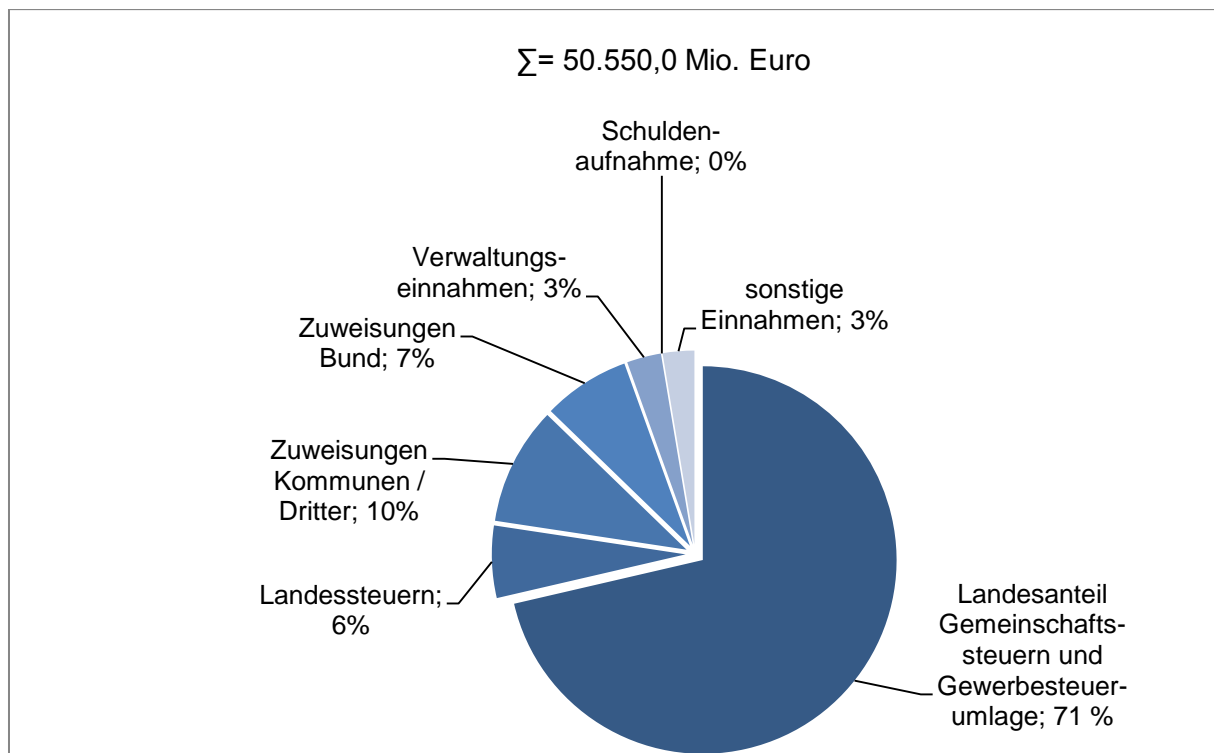


Abbildung 7: Einnahmen nach Arten, 2018 [Prozent]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

a) Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2017 auf der Basis der November-Steuerschätzung 2016 und in den Jahren 2018 bis 2021 auf der Basis der November-Steuerschätzung 2017 ausgewiesen. Die Zuwachsraten in den Jahren ab 2019 sind nach dem Vorsichtsprinzip auf 3 v. H. begrenzt. Damit werden insbesondere auch internationale Risiken aufgefangen, die Deutschland und gerade auch Baden-Württemberg aufgrund seiner starken Auslandsverflechtungen besonders treffen würden.

Ab dem Jahr 2020 sind die geänderten Einnahmen aufgrund des Gesetzes zur Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems in den Ergebnissen der

November-Steuerschätzung 2017 berücksichtigt und nicht mehr separat in der Mifirfi aufgeführt. Dies erklärt den Rückgang der Steuereinnahmen von 2019 nach 2020, weil ab 2020 der Finanzkraftausgleich zwischen den Ländern über Zu- und Abschläge bei der Umsatzsteuer abgebildet werden und die bisherige Ausgabeposition entfällt.

Die prognostizierten Steuereinnahmen in den Jahren 2017 bis 2021 entwickeln sich wie folgt³:

| Mio. Euro | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|-----------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Brutto | 36.542 | 39.120 | 39.900 | 38.190 | 39.340 |
| Netto | 26.957 | 28.704 | 29.171 | 30.244 | 31.137 |

b) Übrige Einnahmen

Die „übrigen Einnahmen“ stellen eine Sammelposition sämtlicher Einnahmen des Landes außer den Steuer- und Krediteinnahmen dar. In 2017, 2018 und 2019 sind Überschüsse aus Vorjahren enthalten. Im Übrigen handelt es sich bei diesen Einnahmen insbesondere um Zuweisungen und Zuschüsse anderer Gebietskörperschaften, des Bundes sowie um Gebühren und sonstige Entgelte. Ein großer Teil der übrigen Einnahmen hängt direkt oder indirekt mit entsprechenden Ausgaben (zum Beispiel Wohnungsbau, Gemeinschaftsaufgaben, Ausbildungsförderung, Wohngeld, öffentlicher Personennahverkehr) zusammen. Den Plandaten liegen die Voraussetzungen der Ressorts zugrunde.

c) Netto-Kreditaufnahme

Es ist keine Nettokreditaufnahme ab 2017 vorgesehen. Stattdessen sollen in den Jahren 2018 und 2019 erstmals in nennenswertem Umfang Kreditmarktschulden in Höhe von jeweils 250 Mio. Euro getilgt werden.

³ Brutto-Steuereinnahmen: Steuereinnahmen vor Finanzausgleichssystemen und Bereinigungen; Netto-Steuereinnahmen: Steuereinnahmen nach Länderfinanzausgleich, kommunalem Finanzausgleich und Bereinigungen.

3. Ausgaben

Die der Mifri zu Grunde gelegten Gesamtausgaben entwickeln sich voraussichtlich wie nachfolgend dargestellt:

| Mio. Euro | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|---|----------|----------|----------|----------|----------|
| Gesamtausgaben lt. Fortschreibung | 47.864,2 | 50.550,0 | 51.937,1 | 48.465,2 | 50.094,9 |
| davon (bislang) nicht durch Einnahmen gedeckt (Haushaltswirtschaftlicher Handlungsbedarf) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | -157,7 | -450,1 |
| Gesamtausgaben (Formales Volumen) | 47.864,2 | 50.550,0 | 51.937,1 | 48.307,5 | 49.644,8 |

In 2018 ergibt sich folgende Verteilung nach Ausgabenarten:

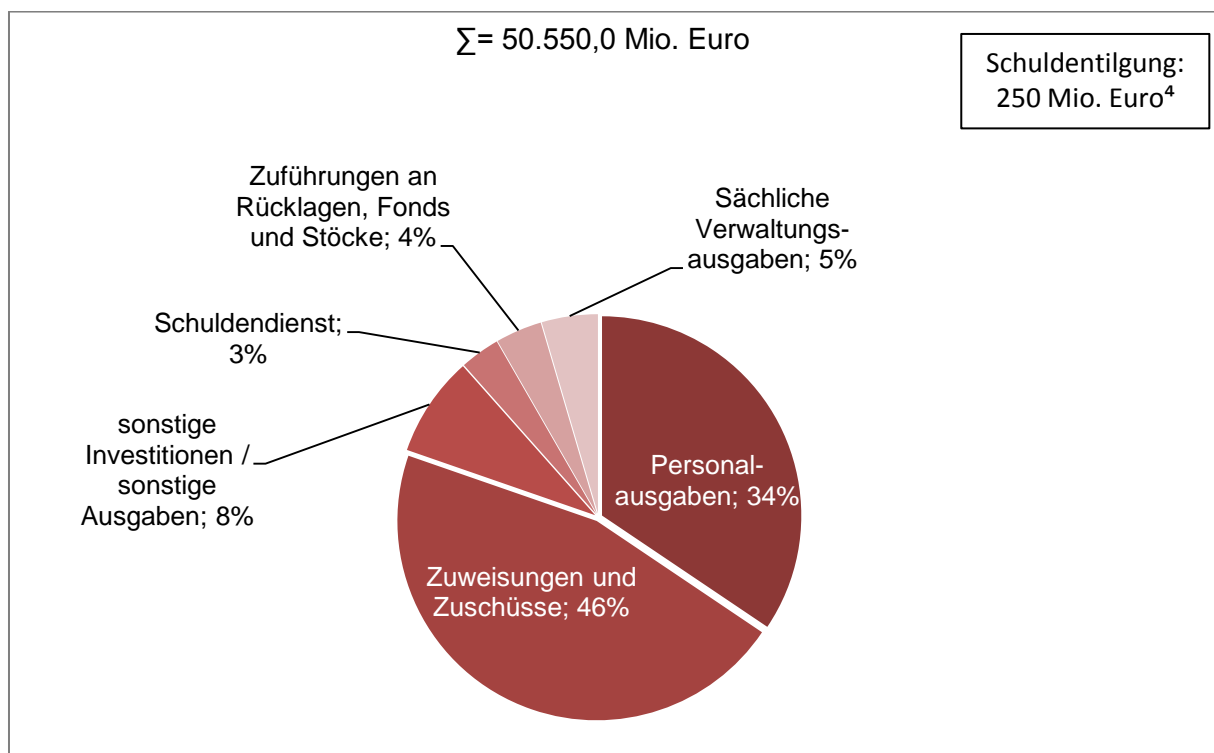


Abbildung 8: Ausgaben nach Arten, 2018 [Prozent]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg⁴

⁴ Aus haushaltssystematischen Gründen wird die Kreditmarktschuldentilgung i.H.v. 250 Mio. Euro als negative Buchung bei den Einnahmen berücksichtigt.

a) Personalausgaben

Die Personalausgaben entwickeln sich wie folgt:

| Mio. Euro | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|-----------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Personal- ausgaben | 17.343,1 | 17.404,5 | 17.941,9 | 18.493,0 | 18.988,4 |

Die Personalausgaben berücksichtigen die geltenden tarif-, besoldungs-, und versorgungsrechtlichen Regelungen. In den Jahren 2020 und 2021 wurde bei den besoldungs-, versorgungs- bzw. entgeltabhängigen Personalausgaben eine jährliche Steigerungsrate von rd. 2,0 Prozent vorgesehen. Die Steigerungsrate orientiert sich am Durchschnitt der Tarif- und Besoldungssteigerungen der vorhergegangenen 10 Jahre.

Der Anstieg der Personalausgaben in den Jahren 2018 und 2019 ergibt sich insbesondere aus dem Nachholeffekt der zeitlich geschobenen Besoldungs- und Versorgungsanpassung 2017 und der erwarteten Zunahme der Versorgungsempfänger/-innen entsprechend den Prognosen des Landesamts für Besoldung und Versorgung.

In 2018 ist der geringere Anstieg der Personalausgaben durch den gesetzlich vorgesehenen Wegfall der Zuführung an die Versorgungsrücklage begründet (§ 17 Absatz 2 Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg).

Entsprechend der Aufgabenstellung des Landes verteilen sich die Personalausgaben sehr unterschiedlich auf die Aufgabenbereiche des Landes:

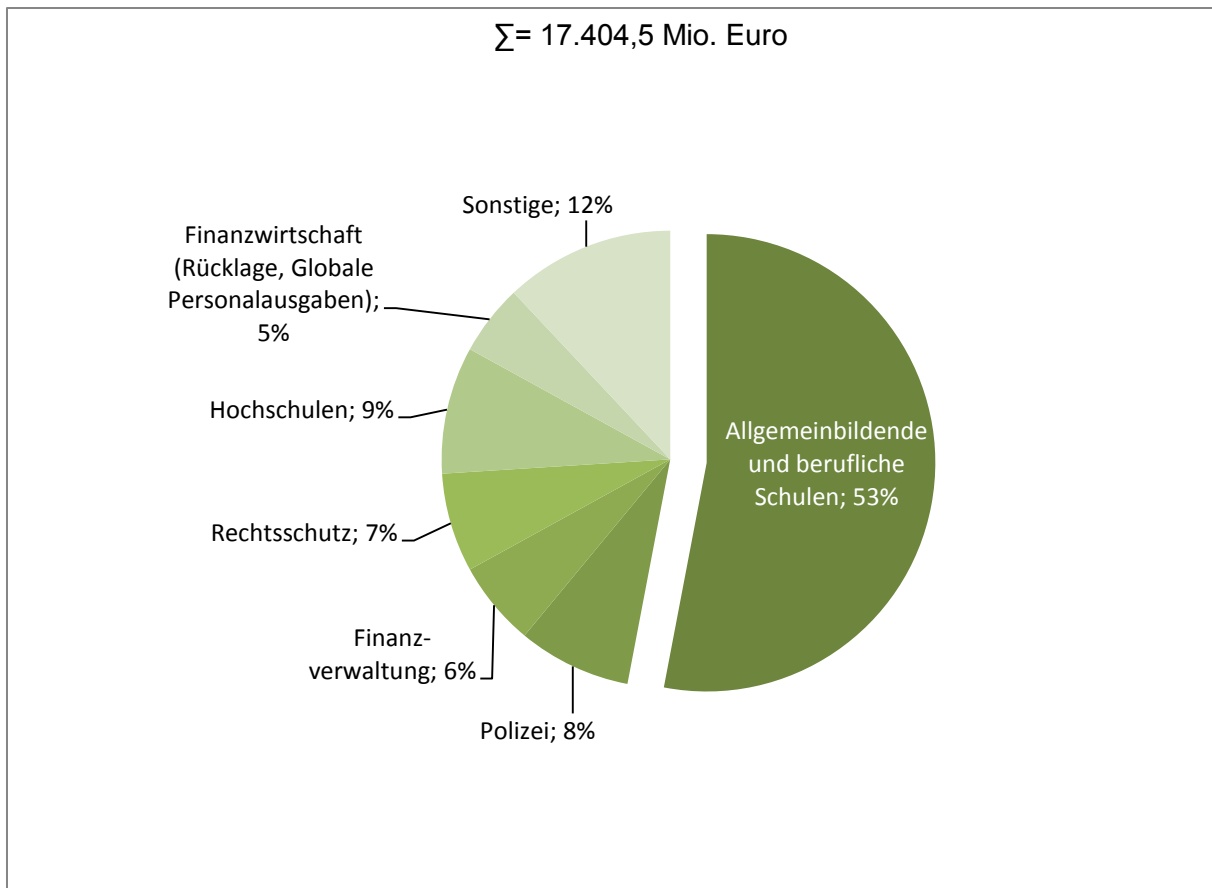


Abbildung 9: Aufteilung der Personalausgaben des Jahres 2018 nach Aufgabenbereichen [Prozent]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

b) Sachausgaben

Schuldendienst

Die Gesamtausgaben für den Schuldendienst auf Grund der gesetzlichen und sonstigen rechtlichen Verpflichtungen entwickeln sich wie folgt:

| Mio. Euro | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|-------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Gesamtausgaben Schuldendienst | 1.679,1 | 1.635,8 | 1.739,0 | 1.777,3 | 2.014,7 |

Darin enthalten sind Zinsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse, Zinsausgaben an Kreditmarkt und Tilgungsausgaben an Gebietskörperschaften, Sondervermögen und gebietskörperschaftliche Zusammenschlüsse.

Die Ausgaben für den Schuldendienst *aufgrund rechtlicher Verpflichtungen*⁵ entwickeln sich wie folgt:

| Mio. Euro | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Schuldendienst aufgrund rechtl. Verpflichtung | 1.646,0 | 1.605,0 | 1.714,4 | 1.758,9 | 2.002,5 |

Im Ansatz für das Jahr 2021 sind Zinsausgaben für einen Zeitraum von 10 Jahren in Höhe von 264,7 Mio. Euro für ein strukturiertes Darlehen mit Zero-Elementen ("Zins-sammler") aus dem Jahr 1986 enthalten.

Der Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben liegt im Jahr 2018 bei 3,3 Prozent.

Die Zinsausgaben-Steuerquote⁶ steigt von 4,5 Prozent im Jahr 2017 auf 5,1 Prozent im Jahr 2021.

Ausgaben mit Rechtsverpflichtung

In dem Zeitraum 2017 bis 2021 ist der weitaus überwiegende Teil der bereinigten Sachausgaben durch Gesetze, Verordnungen und andere rechtliche, insbesondere vertragliche Verpflichtungen festgelegt. Bei diesen Ausgaben mit Rechtsverpflichtung wird folgende Unterscheidung getroffen:

- Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen,
- Ausgaben aufgrund von Landesgesetzen,
- Ausgaben aufgrund sonstiger rechtlicher Verpflichtungen.

Die Höhe der Ausgaben mit Rechtsverpflichtung ergibt sich aus der Fortschreibung der Haushaltsansätze 2018/2019. Nachfolgend werden die betragsmäßig bedeutenden Ausgabepositionen aufgezählt:

1. Unter den Ausgaben, die auf Bundesgesetze zurückzuführen sind, haben besondere Bedeutung:
 - Länderfinanzausgleich
 - Auslagen in Rechtssachen

⁵ darin enthalten sind jeweils Tilgung von Baudarlehen des Bundes: 2017: 6,0 Mio. Euro; 2018 und 2019: 3,0 Mio. Euro; 2020 und 2021: 5,5 Mio. Euro.

⁶ Zinsausgaben-Steuerquote: Zinsausgaben im Verhältnis zu den Steuereinnahmen.

- Öffentlicher Personennahverkehr
 - Flüchtlingsaufnahme
 - Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz
2. Von den Ausgaben aufgrund von Landesgesetzen haben überdurchschnittliches Gewicht:
- Kommunalen Finanzausgleich - Finanzausgleichsmasse / Kleinkindbetreuung und Grunderwerbsteuerüberlassung
 - Flüchtlingsaufnahme
 - Krankenhausfinanzierung
 - Privatschulförderung
 - Zuführung an den Versorgungsfonds des Landes
 - Städtebau
 - Leistungen an Kirchen/Religionsgemeinschaften
3. Bei den sonstigen rechtlichen Verpflichtungen sind besonders zu erwähnen:
- Zinsausgaben
 - Bauunterhalt (zentrale Veranschlagung im Epl. 12)
 - Finanzierungsaufwand Baufinanz
 - Mieten und Pachten (zentrale Veranschlagung im Epl. 12)
 - Große Schienenverkehrsprojekte (S 21, Rheintalbahn, Südbahn)
 - überregionale Forschungsförderung
 - Hochschulfinanzierungsvertrag

Die Ausgaben, die durch Einnahmen von dritter Seite, insbesondere von Bund oder der EU gedeckt sind, sind als durchlaufende Ausgaben ausgewiesen. Die zugehörigen Komplementärmittel des Landes sind bei den zwangsläufigen Ausgaben nur berücksichtigt, wenn eine konkrete Rechtspflicht zur Leistung dieser Mittel besteht. Ansonsten sind sie Bestandteil der nichtzwangsläufigen Ausgaben.

Durchlaufende Mittel

Unter den durchlaufenden Mitteln sind zu nennen:

- Kommunalen Finanzausgleich (kommunaler Anteil an FAG-Umlage und am Familienleistungsausgleich sowie Bundesmittel bei der Förderung der Kleinkinderbetreuung)
- Regionalisierungsmittel für Schienenpersonennahverkehr / Öffentlicher Personennahverkehr
- Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

- Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur (GAK)
- Zuweisungen des Bundes im Rahmen des Hochschulpakts 2020
- Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz
- BAföG

Nicht zwangsläufige Ausgaben

Bei den sogenannten nichtzwangsläufigen Ausgaben fallen in erster Linie die "Freiwilligkeitsleistungen" im Förderbereich ins Gewicht. Haushaltssystematisch werden in den nichtzwangsläufigen Ausgaben auch die globalen Minderausgaben erfasst.

Flüchtlingsbezogene Ausgaben des Landes

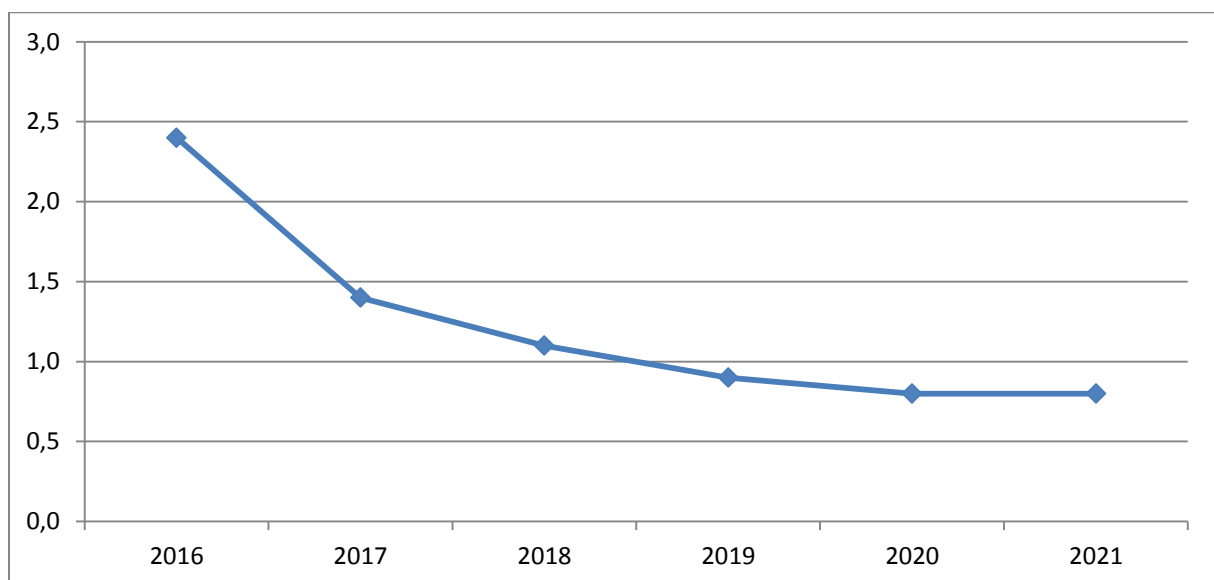


Abbildung 10: Flüchtlingsbezogene Ausgaben des Landes [Mrd. Euro]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Das Basisjahr der Mifri 2017 war geprägt durch einen deutlichen Rückgang der flüchtlingsbezogenen Ausgaben im Landeshaushalt. Für das Haushaltsjahr 2016 betragen die flüchtlingsbezogenen Gesamtausgaben rd. 2,4 Mrd. Euro, in denen sich insbesondere der hohe Flüchtlingszugang Ende 2015/Anfang 2016 widerspiegelt. Die Soll-Ansätze 2017 konnten deutlich - d.h. auf rd. 1,4 Mrd. Euro - zurückgeführt werden.

Die Zugangszahlen in der Erstaufnahme sind weiterhin rückläufig. Dadurch geht der Bedarf in den Bereichen Erstaufnahme und Vorläufige Unterbringung zurück; gleichzeitig gewinnen Maßnahmen der Integration an Bedeutung.

Auf der Basis eines erwarteten Zugangs von bundesweit rund 180.000 geflüchteten Menschen enthält der Landeshaushalt 2018 und 2019 flüchtlings- und integrationsbezogene Ausgaben in einem Volumen von insgesamt rd. 1,1 Mrd. Euro (2018) und rd. 0,9 Mrd. Euro (2019).

Ausgehend von einer Stabilisierung des Zugangsniveaus auch in den Finanzplanungsjahren 2020 bis 2021 werden sich die flüchtlingsbezogenen Ausgaben auch in den kommenden Jahren weiter reduzieren. In der Mittelfristigen Planung sind hierfür in den Jahren 2020 und 2021 jeweils rd. 0,8 Mrd. Euro p.a. eingeplant.

Seit 2015 beteiligt sich der Bund an den Kosten der Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen.

Erhaltung des Landesvermögens

Der Erhalt von Landesgebäuden und Landesstraßen hat bei einer vorausschauenden, soliden und nachhaltigen Finanzpolitik auch weiterhin eine hohe Priorität. Die im Staatshaushaltsplan 2018/19 für diese Bereiche einmalig bereitgestellten Mittel sollen bedarfsorientiert verstetigt werden. Ab 2020 werden daher entsprechende Mittel in der MifriFi vorgesehen, um den grundständigen Mittelbedarf sicherzustellen.

- Im Bereich des Staatlichen Hochbaus werden zur Erhaltung der Landesgebäude⁷, des weiteren Abbaus des Sanierungsstaus und für einen Finanzierungskorridor für Bestandserweiterungen mit jährlichen Bauausgaben von 1 Mrd. Euro gerechnet.
- Im Bereich Straßen und Brücken in der Baulast des Landes werden die Erhaltungs- und Planungsmittel angepasst. Für die bedarfsgerechte Instandhaltung sowie die Zustandsverbesserung der Landesstraßen und Brücken sind 140 Mio. Euro p.a. vorgesehen.

c) Abbau (impliziter) Verschuldung

Das Land Baden-Württemberg muss ab dem Jahr 2020 die grundgesetzliche Schuldenbremse einhalten. Auf dem Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse hatte die Landesregierung mit § 18 LHO einen schrittweisen Abbaupfad der Nettokreditaufnahme geplant. De facto ist es nun bereits seit dem Jahr 2015 gelungen, ohne Neuverschuldung auszukommen. Die Landesregierung plant auch weiterhin keine Nettokreditaufnahme.

⁷ angemietete und landeseigene bauliche Anlagen (ohne Universitätsklinik).

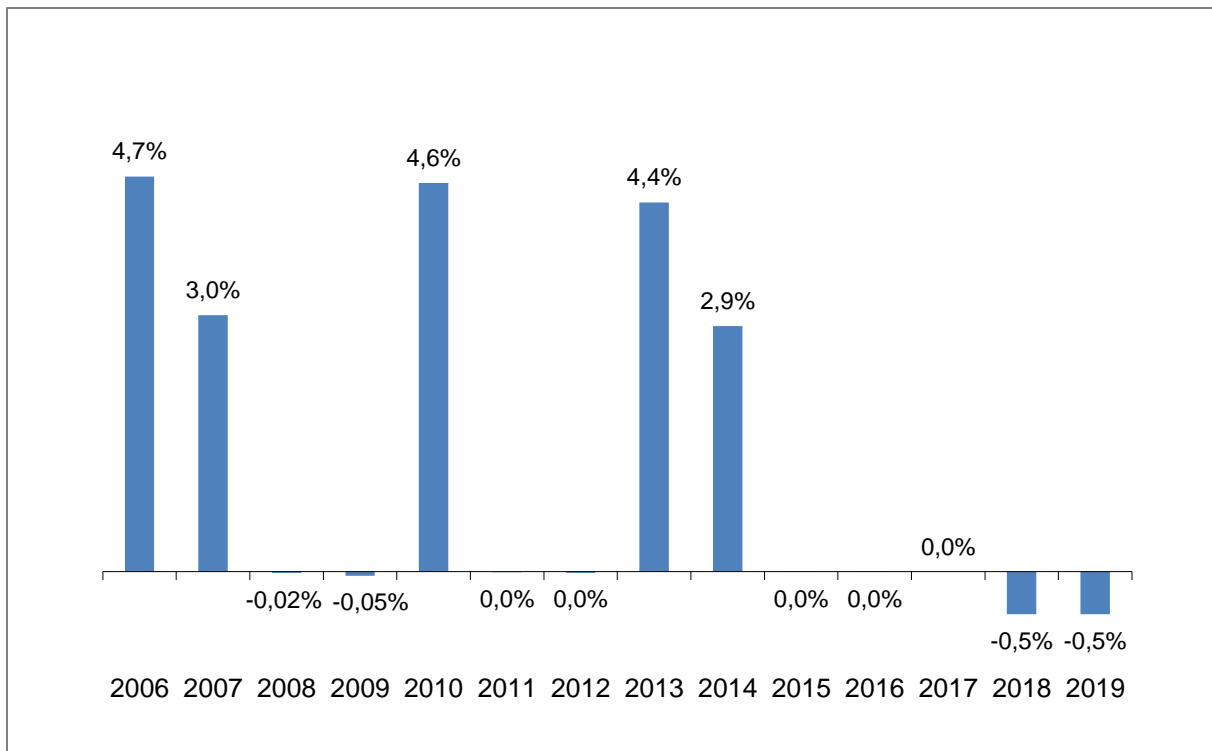


Abbildung 11: Kreditfinanzierungsquote [Anteil der Nettokreditaufnahme an den Bereinigten Gesamtausgaben, Prozent]

Werte 2006 bis 2016: Ist; 2017: StHPI.; 2018/2019: StHPI.

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Neben der Verschuldung am Kreditmarkt muss der Landeshaushalt allerdings auch die Lasten impliziter Schulden tragen. Besonders ins Gewicht fallen dabei die Versorgungsausgaben und der Sanierungsstau bei öffentlichem Vermögen, insbesondere bei Straßen und öffentlichen Gebäuden.

Werden diese Lasten nicht verringert, so führen sie zu stetig wachsenden Ausgaben in zukünftigen Haushalten und stellen somit auch das konstante Einhalten der Schuldenbremse ab 2020 in Frage. Der Haushaltsgesetzgeber hat sich deshalb entschieden, die Steuermehreinnahmen in den Jahren 2017 bis 2019 auch für die Tilgung impliziter Schulden heranzuziehen.

Aufgrund der Steuerentwicklung hat sich die nach § 18 LHO i. V. m. der VO zu § 18 LHO zulässige Kreditaufnahme reduziert und ab 2017 Tilgungen erforderlich gemacht. Bei der Berechnung werden gemäß § 4 Abs. 15 StHG die im Steueraufkommen enthaltenen Entlastungen des Bundes für den Flüchtlingsbereich sowie die im Haushalt 2017 beschlossenen FAG-Anpassungen bereinigt. Im Einzelnen enthält die Finanzplanung folgende Werte gemäß der Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme (§ 1 VO zu § 18 LHO):

| Mio. Euro | 2017 | 2018 | 2019 |
|--|-------------|-------------|-------------|
| Zulässige Kreditaufnahme (Abbau (impliziter) Schulden) ⁸ | -410,5 | -1.737,4 | -2.070,7 |

Gemäß der VO zu § 18 LHO ist mit diesen Mitteln ab 2017 der Abbau der (impliziten) Verschuldung geplant.

Seit der letzten Mifri 2016 bis 2020 haben Bund und Länder auf Fachebene darüber beraten, wie die Schuldenbremse der Länder vom Stabilitätsrat überwacht werden soll. Es ist zu erwarten, dass die so genannte "Produktionslücken-Methode", die auch der Bund einsetzt, das maßgebliche Instrument dieser Überwachung sein wird. Dementsprechend wurden in der Mifri ab 2020 nun die aus dieser Methode resultierenden Tilgungsverpflichtungen eingeplant. Da die Herbstprognose der Bundesregierung von einer Überauslastung der Volkswirtschaft ausgeht, resultieren folgende Verpflichtungen zur Tilgung von Kreditmarktschulden:

| Mio. Euro | 2020 | 2021 |
|---|-------------|-------------|
| Tilgungsverpflichtung nach der Produktionslücken-Methode | -235 | -102 |

Im nachfolgenden Diagramm werden die in der Finanzplanung vorgesehenen Ausgaben für den Abbau der (impliziten) Verschuldung dargestellt. Erfasst sind die Jahre 2017 bis 2021.

⁸ Rechnerische Nettokreditaufnahme bzw. Abbau (impliziter) Schulden ab 2018 entsprechend der Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme nach § 18 LHO i. V. m. der VO zu § 18 LHO auf Basis der November-Steuerschätzung 2017. Eine ggf. mögliche Kreditaufnahme nach § 5 VO zu § 18 LHO bleibt unberührt.

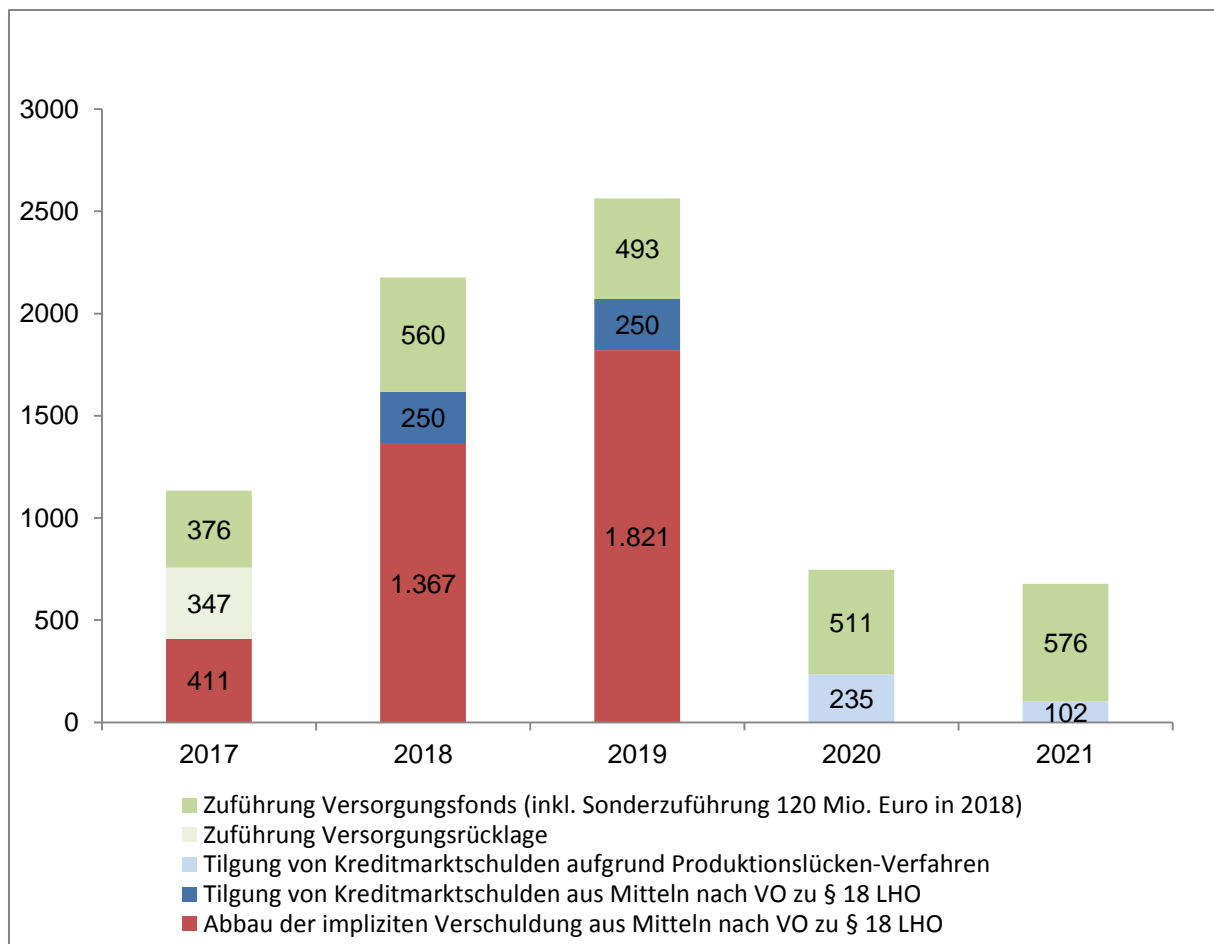


Abbildung 12: Geplanter Abbau der (impliziten) Verschuldung, 2017-2021 [Mio. Euro]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Der Rückgang ab 2020 ist u.a. mit dem Wegfall der Regelung nach der VO zu §18 LHO zu erklären.

Für den Bereich der Sanierung führen die erhöhten Finanzplanwerte aber ab 2020 zu einer Verstetigung und ermöglichen somit eine dauerhafte Verbesserung der Substanz des Landesvermögens (vgl. S. 25).

Folgende Verwendungszwecke sind für die Mittel nach VO zu § 18 LHO im Haushaltsplan 2018/2019 definiert worden:

- Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen,
- Ersatzinvestitionen,
- Tilgung von Schulden am Kreditmarkt,
- Reduzierung der in das folgende Haushaltsjahr zu übertragenden Einnahmereste aus nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen,
- Tilgung von Eventualverbindlichkeiten,
- Zuführungen an den Versorgungsfonds nach § 4 Abs. 4 VersFondsG.

Das Land beteiligt sich in den Jahren 2017 bis 2019 auch in Höhe von 10 Prozent der Tilgungsverpflichtung nach der VO zu § 18 LHO an den Sanierungslasten der Kommunen (2017: rd. 41 Mio. Euro, 2018: rd. 174 Mio. Euro, 2019: rd. 207 Mio. Euro). Weitere Zuweisungen erhalten die Gemeinden und Gemeindeverbände zur Ersatzbeschaffung von Schienenfahrzeugen im kommunalen Schienenverkehr (je 20 Mio. Euro in den Jahren 2017 bis 2019).

Insgesamt stellt das Land somit fast 0,5 Mrd. Euro zusätzlich an Landesmitteln für kommunale Sanierungen und Ersatzbeschaffungen im kommunalen Schienenverkehr in den Jahren 2017 bis 2019 bereit.

Entwicklung der Versorgungslasten

Nach dem aktuellen Versorgungsbericht (Drucksache 15/7036) wird sich die Zahl der Versorgungsempfänger/-innen von derzeit rd. 131.000 bis zum Jahr 2030 voraussichtlich auf rd. 149.800 erhöhen, so dass auch die Versorgungsverpflichtungen entsprechend zunehmen werden. Die Bewältigung des Anstiegs der Versorgungsausgaben ist damit eine dauerhafte Herausforderung für die Haushaltspolitik.

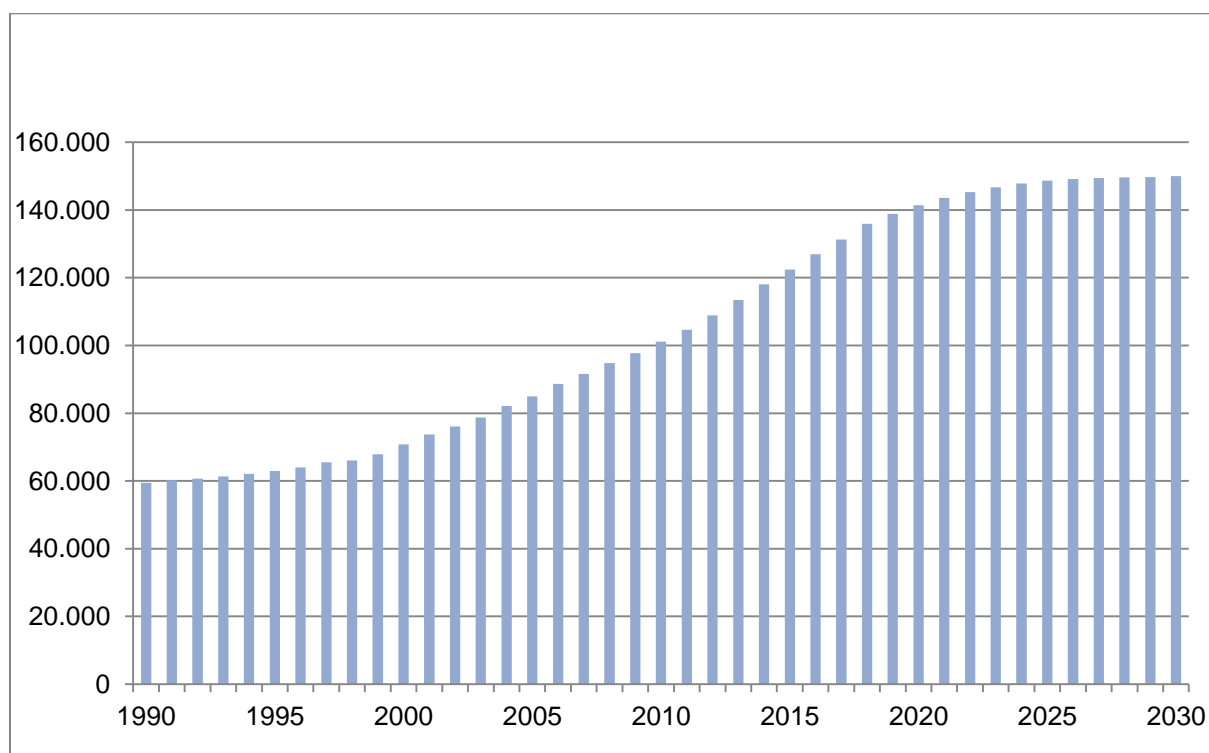


Abbildung 13: Entwicklung der Versorgungsempfänger/-innen bis 2030 [Anzahl]

Quelle: Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg

Versorgungsrücklage als Sondervermögen des Landes

Durch das Versorgungsreformgesetz 1998 des Bundes wurden unter anderem die Länder verpflichtet, ab 1999 eine Versorgungsrücklage zu bilden. Diese wurde in Baden-Württemberg durch das »Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Baden-Württemberg« vom 15. Dezember 1998, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 24. Juli 2012, eingerichtet. Die Versorgungsrücklage wurde als unselbstständiges, zweckgebundenes Sondervermögen eingerichtet.

Im Jahr 2006 wurde die Gesetzgebungskompetenz im Besoldungsrecht auf die Länder übertragen. Das Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg vom 9. November 2010 (GBl. S. 793, 826) sieht in § 17 die Zuführung zur Versorgungsrücklage in der Zeit bis zum 31.12.2017 vor.

Das Gesamtvolumen des Sondervermögens lag zum Stand 31. Dezember 2017 bei rd. 3,9 Mrd. Euro.

Der Versorgungsrücklage werden im Jahr 2017 letztmals Mittel i. H. v. 347,0 Mio. Euro zugeführt. Unter Berücksichtigung der Zuführungen und der voraussichtlichen Anlagerendite ist mit einem Volumen von ca. 4 Mrd. Euro im Jahre 2018 (gesetzliches Ende der Zuführungsphase: 31.12.2017) zu rechnen. In der Finanzplanung für die Jahre 2020 bis 2021 sind keine Entnahmen berücksichtigt.

| Mio. Euro | 2017 |
|-------------------------------|-------------|
| Zuführung Versorgungsrücklage | 347,0 |

Zusätzlicher Versorgungsfonds als Sondervermögen des Landes

Im Herbst 2007 wurde mit dem »Gesetz über einen Versorgungsfonds des Landes Baden-Württemberg« eine zusätzliche Pensionsrücklage geschaffen. Der Versorgungsfonds wurde wie die Versorgungsrücklage als unselbstständiges, zweckgebundenes Sondervermögen des Landes errichtet. Das Sondervermögen darf ausschließlich zur Finanzierung der Versorgungsausgaben des Landes ab dem Jahr 2020 verwendet werden.

Der Versorgungsfonds wurde bei Auflegung mit einem Grundkapital in Höhe von 500 Mio. Euro ausgestattet.

Seit dem 1. Januar 2009 werden für alle neu eingestellten Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter monatlich 500 Euro dem Sondervermögen zugeführt.

Ab dem Jahr 2020 ist vorgesehen, die monatliche Zuführung auf 750 Euro für ein neu begründetes Beamtenverhältnis auf einer bestehenden Stelle und auf 1.000 Euro für ein neu begründetes Beamtenverhältnis auf einer neu geschaffenen Stelle zu erhöhen.

Das Fondsvolumen lag zum Stand 31. Dezember 2017 bei rund 2,6 Mrd. Euro. Unter Berücksichtigung aller Zuführungen und der voraussichtlichen Anlagerendite ist im Jahr 2020 mit einem Volumen von ca. 4,0 Mrd. Euro zu rechnen.

Die Zuführungen an den Versorgungsfonds sind in der Finanzplanung wie folgt berücksichtigt:

| Mio. Euro | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|----------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Zuführung Versorgungsfonds | 375,9 | 560,4 | 492,8 | 510,9 | 575,5 |

In 2018 sind im Haushaltsansatz zum Abbau der impliziten Verschuldung gem. § 1 Abs. 3 der VO zu 18 LHO 120 Mio. Euro als Sonderzuführung enthalten.

Verwaltung der Sondervermögen

Das Ministerium für Finanzen verwaltet die Sondervermögen Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds. Die Verwaltung der Mittel kann auf Dritte übertragen werden. Die Anlage muss sicherheits- und renditeorientiert erfolgen.

Die Anlage des Sondervermögens Versorgungsrücklage erfolgt derzeit in zwei etwa gleich großen, von privaten Kapitalanlagegesellschaften betreuten Spezialfonds.

Die Vermögensverwaltung des Sondervermögens Versorgungsfonds erfolgt entsprechend den Vorgaben des Ministeriums für Finanzen seit Oktober 2008 durch die Deutsche Bundesbank.

Investiert wird in beiden Sondervermögen überwiegend in festverzinsliche Wertpapiere und darüber hinaus in weltweite Aktien.

Seit 2017 werden in der Versorgungsrücklage Nachhaltigkeitskriterien im Sinne eines ESG⁹-Ansatzes, der sich auf zentrale, etablierte Kriterien beschränkt, berücksichtigt. Beim Versorgungsfonds ist eine Umstellung ebenfalls geplant.

Die kontinuierlich steigenden Zuführungen an die Versorgungsrücklage und den Versorgungsfonds erreichen 2017 im Soll zusammen einen Jahreswert von rd. 723 Mio. Euro. Im IST ist dieser auf Grund geringerer Neueinstellungen

⁹ ESG steht für "Environment", "Social", "Governance".

mit rd. 700 Mio. Euro niedriger ausgefallen. Im Jahr 2018 ist eine Zuführung von rd. 560 Mio. Euro in den Versorgungsfonds eingeplant. Insgesamt kann bis zum Jahr 2020 mit einem Vorsorgevolumen von bis zu 8 Mrd. Euro gerechnet werden.

Tabellenanhang

Übersicht 1 - Gesamtplan

Übersicht 2 - Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Übersicht 3 - Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach dem Gemeinsamen
Schema des Finanzplanungsrates

Übersicht 4 - Eckdaten des Landeshaushalts

Übersicht 1

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Baden-Württemberg
für die Jahre 2017 bis 2021

Gesamtplan

-in Mio. Euro-

| Bezeichnung | <i>nachrichtlich</i> | | | Planung | Planung |
|---|----------------------|------------|------------|---------------|---------------|
| | Haushalt | Haushalt | Haushalt | | |
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| I. Einnahmen | | | | | |
| 1. Steuern* | 36.542,0 | 39.120,0 | 39.900,0 | 38.190,0 | 39.340,0 |
| 2. Übrige Einnahmen | 11.322,2 | 11.680,0 | 12.287,1 | 10.352,5 | 10.406,8 |
| 3. Netto-Kreditaufnahme (Minusbeträge bedeuten Tilgung)** | 0,0 | -250,0 | -250,0 | -235,0 | -102,0 |
| 4. Gesamteinnahmen | 47.864,2 | 50.550,0 | 51.937,1 | 48.307,5 | 49.644,8 |
| II. Ausgaben | | | | | |
| 1. Personalausgaben | 17.343,1 | 17.404,5 | 17.941,9 | 18.493,0 | 18.988,4 |
| 2. Sachausgaben | | | | | |
| 2.1 Ausgaben mit Rechtsverpflichtungen | | | | | |
| - Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen | 4.741,3 | 4.606,2 | 4.701,1 | 1.631,6 | 1.599,6 |
| - Ausgaben aufgrund von Landesgesetzen | 10.852,9 | 13.173,5 | 13.792,1 | 12.762,7 | 13.269,9 |
| - sonstige rechtliche Verpflichtungen >davon Schuldendienst | 1.646,0 | 1.605,0 | 1.714,4 | 1.758,9 | 2.002,5 |
| 2.2 - Durchlaufende Mittel | 6.777,7 | 7.040,2 | 7.200,7 | 6.945,4 | 7.049,2 |
| Zusammen: | 29.958,3 | 32.432,8 | 33.421,7 | 29.343,8 | 30.301,6 |
| 2.3 Nichtzwangsläufige Ausgaben | 843,2 | 982,8 | 892,9 | 936,0 | 1.107,8 |
| ./.. All. Globale Minderausgabe | 0,0 | -19,4 | -24,4 | -15,0 | -20,0 |
| ./.. Sonstige spezielle GMAs | -280,4 | -250,7 | -295,0 | -292,6 | -282,9 |
| Es verbleiben somit (nachrichtlich: darunter Fehlbetrag) | 562,8 | 712,7 | 573,5 | 628,4 | 804,9 |
| | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2.4 Sachausgaben insgesamt*** | 30.521,1 | 33.145,5 | 33.995,2 | 29.972,2 | 31.106,5 |
| 2.5 Haushaltswirtschaftlicher Handlungsbedarf | 0,0 | 0,0 | 0,0 | -157,7 | -450,1 |
| 3. Gesamtausgaben (Formales Volumen) | 47.864,2 | 50.550,0 | 51.937,1 | 48.307,5 | 49.644,8 |
| 4. Bereinigte Gesamtausgaben**** | 47.042,8 | 48.633,9 | 49.687,0 | 47.650,8 | 48.889,0 |

* Ab 2020: Einschließlich Mehreinnahmen aufgrund veränderter BLF-Beziehungen.

** Ab 2020: Tilgungsverpflichtung aufgrund des Produktionslücken-Verfahrens.

*** In Ausgabepositionen zum Abbau (impliziter) Verschuldung gem. VO zu § 18 LHO bereits enthalten: 2017: 410,5 Mio. EUR; 2018: 1.737,4 Mio. EUR; 2019: 2.070,7 Mio. EUR.

**** Formales Haushaltsvolumen abzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und haushaltstechnische Verrechnungen (Schema Finanzplanungsrat).

Übersicht 2

Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gesamtplan

-in Mio. Euro-

| | Haushalt | Haushalt | Haushalt | Planung | Planung |
|---|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| <u>Bezeichnung</u> | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| <u>I. Einnahmen</u> | | | | | |
| 1. Steuern | 36.542,0 | 39.120,0 | 39.900,0 | 38.190,0 | 39.340,0 |
| 2. Einnahmen vom Bund | 3.773,2 | 3.671,8 | 3.658,5 | 3.321,5 | 3.355,5 |
| 3. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt | 0,0 | -250,0 | -250,0 | -235,0 | -102,0 |
| 4. Übrige Einnahmen | 7.549,0 | 8.008,1 | 8.628,5 | 7.031,0 | 7.051,3 |
| <u>Gesamteinnahmen</u> | 47.864,2 | 50.550,0 | 51.937,1 | 48.307,5 | 49.644,8 |
| <u>II. Ausgaben</u> | | | | | |
| 1. Personalausgaben | 17.343,1 | 17.404,5 | 17.941,9 | 18.493,0 | 18.988,4 |
| 2. Sächliche Verwaltungsausgaben* | 2.120,3 | 2.301,8 | 2.231,2 | 2.123,3 | 2.115,4 |
| 3. Schuldendienst | 1.679,1 | 1.635,8 | 1.739,0 | 1.777,3 | 2.014,7 |
| 3.1 Zinsen | 1.643,7 | 1.604,6 | 1.713,1 | 1.754,2 | 1.997,0 |
| 3.2 Tilgungen** | 35,5 | 31,2 | 25,9 | 23,1 | 17,7 |
| 4. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse | 21.978,5 | 23.193,1 | 23.580,3 | 21.044,7 | 21.650,1 |
| 5. Investitionsausgaben** | 4.217,5 | 4.384,1 | 4.529,2 | 4.543,2 | 4.588,8 |
| 6. Besondere Finanzierungsausgaben*** | 525,6 | 1.630,7 | 1.915,4 | 326,1 | 287,4 |
| <u>Gesamtausgaben</u> | 47.864,2 | 50.550,0 | 51.937,1 | 48.307,5 | 49.644,8 |
| <u>Bereinigte Gesamtausgaben</u> | 47.042,8 | 48.633,9 | 49.687,0 | 47.650,8 | 48.889,0 |
| III. Nachrichtlich: | | | | | |
| <u>Bruttokreditaufnahme</u> | 8.830,0 | 12.683,0 | 8.493,0 | 8.629,0 | 7.305,0 |

* Einschließlich der sächlichen Verwaltungsausgaben, der Zukunftsoffensiven, des Solidarpakts für die Universitäten, des Solidarpakts für die Hochschulmedizin, die jeweils bei den zwangsläufigen Ausgaben mitenthalten sind.

** Ggf. zusätzliche Zuführungen aus den Mitteln i.S.d. VO zu § 18 in den Haushaltsjahren, die in der Übersicht derzeit unter "Besondere Finanzierungsausgaben" erfasst sind

***Werte der Planjahre einschl. noch zu schließender Deckungslücke.

Mittel nach der VO zu § 18 LHO sind aktuell nahezu vollständig in Ziffer 6 enthalten. Je nach Verwendung in den Haushaltsjahren könnten sich daraus allerdings auch Ausgaben in den Ziffern 3.2. (Tilgungen) oder 5 (Investitionsausgaben) ergeben.

Übersicht 3

Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

- Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates -

-in Mio. Euro-

| Einnahme- bzw. Ausgabeart | Gruppierungsnummer | Haushalt | Haushalt | Haushalt | Planung | Planung |
|---|--------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| I. Einnahmen | | | | | | |
| 1 Einnahmen der laufenden Rechnungen (Ziff. 11-17) | | | | | | |
| 11 Steuern | 011-069 | 36.542,0 | 39.120,0 | 39.900,0 | 38.190,0 | 39.340,0 |
| 12 Steuerähnliche Abgaben | 090-099 | 121,9 | 134,3 | 146,5 | 146,6 | 147,0 |
| 13 Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit | 120-129 | 341,3 | 314,0 | 312,7 | 314,3 | 314,0 |
| 14 Zinseinnahmen | | | | | | |
| 141 vom öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 1411 Bund | 151 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1412 Länder | 152 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1413 Gemeinden und Gemeindeverbände | 153 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1414 Zweckverbände | 157 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1415 vom sonstigen öffentlichen Bereich | 154, 156 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 142 von anderen Bereichen | 161-169 | 6,2 | 4,0 | 3,1 | 2,0 | 0,9 |
| 15 Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen) | | | | | | |
| 151 vom öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 1511 vom Bund | 211, 231 | 3.102,5 | 3.003,6 | 3.040,7 | 3.056,7 | 3.097,4 |
| 1512 Länderfinanzausgleich | 212 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1513 sonstige von Ländern | 232 | 51,5 | 44,6 | 44,8 | 43,8 | 43,8 |
| 1514 Gemeinden und Gemeindeverbände | 213, 233 | 4.081,2 | 4.313,6 | 4.525,0 | 4.703,1 | 4.870,2 |
| 1515 Zweckverbände | 217, 237 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1516 Sozialversicherungsträger | 216, 235-236 | 2,5 | 2,5 | 2,5 | 2,5 | 2,5 |
| 1517 vom sonstigen öffentlichen Bereich | 214, 234 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 152 von anderen Bereichen | 112, 270-289 | 200,2 | 200,1 | 205,5 | 205,5 | 205,5 |
| 16 Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben | | | | | | |
| 161 Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 1611 Bund | 221 | 117,8 | 117,8 | 83,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1612 Länder | 222 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1613 vom sonstigen öffentlichen Bereich | 223-227 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 162 von anderen Bereichen | 260-269 | 296,5 | 317,6 | 329,2 | 329,5 | 329,6 |
| 17 Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung | | | | | | |
| 171 Gebühren, sonstige Entgelte | 111 | 920,1 | 812,4 | 816,2 | 824,8 | 828,0 |
| 172 Sonstige Einnahmen | 119 | 101,2 | 106,4 | 109,8 | 109,8 | 109,8 |
| Summe lfd. Einnahmen | | 45.884,9 | 48.490,9 | 49.519,0 | 47.928,6 | 49.288,7 |
| 2 Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21 - 25) | | | | | | |
| 21 Veräußerung von Sachvermögen | 131-132 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 |
| 22 Vermögensübertragungen | | | | | | |
| 221 Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 2211 Bund | 331 | 552,9 | 550,5 | 534,9 | 264,8 | 258,1 |
| 2212 Länder | 332 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2213 Gemeinden und Gemeindeverbände | 333 | 18,0 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 0,8 |
| 2214 Sozialversicherungsträger | 336 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2215 vom sonstigen öffentlichen Bereich | 334, 337 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 222 Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen | 340-349 | 252,3 | 253,2 | 253,8 | 288,0 | 144,8 |
| 223 Sonstige Vermögensübertragungen | | | | | | |
| 2231 vom Bund | 291 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2232 von Ländern | 292 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2233 von Gemeinden und Gemeindeverbände | 293 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2234 von anderen Bereichen | 297-299 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

| Einnahme- bzw. Ausgabeart | Gruppierungsnummer | Haushalt | Haushalt | Haushalt | Planung | Planung |
|---|--------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| | | | | | | |
| 23 Darlehensrückflüsse | | | | | | |
| 231 vom öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 2311 Bund | 171 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2312 Länder | 172 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2313 Gemeinden und Gemeindeverbände | 173 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2314 Zweckverbände | 177 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2315 Sonstige | 174, 176 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 232 von anderen Bereichen | | | | | | |
| 2321 Sonstige im Inland | 141, 181-182 | 62,8 | 56,8 | 50,5 | 44,2 | 38,8 |
| 2322 Ausland | 146, 186 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 24 Veräußerungen von Beteiligungen und dergleichen | 133-134 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 25 Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 251 Bund | 311 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 252 Länder | 312 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 253 Gemeinden und Gemeindeverbände | 313 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 254 Sonstige | 314, 317 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Summe Einnahmen der Kapitalrechnung | | 886,5 | 862,3 | 841,0 | 598,8 | 443,0 |
| 3 Globale Mehr- / Mindereinnahmen | | | | | | |
| 31 Globale Mehreinnahme | 371 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 32 Globale Mindereinnahmen | 372 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 4 Bereinigte Einnahmen (Ziff. 1 - 3) | | 46.771,4 | 49.353,2 | 50.360,0 | 48.527,4 | 49.731,7 |
| 5 Besondere Finanzierungsvorgänge | | | | | | |
| 51 Schuldenaufnahme am Kreditmarkt | 320-329 | 0,0 | -250,0 | -250,0 | -235,0 | -102,0 |
| 52 Entnahme aus Rücklagen* | 350-359 | 58,3 | 328,0 | 151,6 | 0,0 | 0,0 |
| 53 Überschüsse aus Vorjahren | 360-369 | 1.017,1 | 1.103,8 | 1.660,4 | 0,0 | 0,0 |
| 6 Zu- und Absetzungen | | | | | | |
| 61 ./ Schätzung für Leertitel | | | | | | |
| 62 ./ Sonderhaushalte | | | | | | |
| 63 ./ Bruttostellungen | | | | | | |
| 64 + Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.) | 380-389 | 17,3 | 15,1 | 15,2 | 15,2 | 15,2 |
| 7 Abschlußsumme der Haushalte (Ziff. 4 + 5 + 6) | | 47.864,1 | 50.550,1 | 51.937,2 | 48.307,6 | 49.644,9 |

| Einnahme- bzw. Ausgabeart | Gruppierungsnummer | Haushalt | Haushalt | Haushalt | Planung | Planung |
|---|--------------------|---------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| | | II. Ausgaben | | | | |
| 1 Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11-15) | | | | | | |
| 11 Personalausgaben | 400-499 | 17.343,1 | 17.404,5 | 17.941,9 | 18.493,0 | 18.988,4 |
| 12 Laufender Sachaufwand | | | | | | |
| 121 Sächliche Verwaltungsausgaben | 510-549 | 2.120,3 | 2.301,8 | 2.231,2 | 2.123,3 | 2.115,4 |
| 122 Erstattung an andere Bereiche | 670-679 | 217,8 | 212,7 | 199,3 | 212,8 | 214,4 |
| 123 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke | 686 | 116,5 | 115,9 | 104,2 | 95,1 | 93,8 |
| 13 Zinsausgaben | | | | | | |
| 131 an öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 1311 Bund | 561 | 3,7 | 2,6 | 1,7 | 0,8 | 0,0 |
| 1312 Sondervermögen | 564 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1313 sonstigen öffentlichen Bereich an andere Bereiche | 562-563, 567 | 3,0 | 3,0 | 3,0 | 3,0 | 3,0 |
| 132 für Ausgleichsforderungen | 573 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1322 für Kreditmarktmittel | 571, 575-576 | 1.637,0 | 1.599,0 | 1.708,4 | 1.750,4 | 1.994,0 |
| 1323 an Sozialversicherungsträger | 572 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 14 Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfe) | | | | | | |
| 141 an öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 1411 Bund | 611, 631 | 138,7 | 37,2 | 36,7 | 36,7 | 36,7 |
| 1412 Länderfinanzausgleich | 612 | 2.700,0 | 2.960,0 | 3.080,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1413 Sonstige an Länder | 632 | 65,5 | 76,6 | 80,7 | 80,6 | 80,8 |
| 1414 Allgemeine Finanzzuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände | 613 | 8.530,3 | 9.178,3 | 9.521,0 | 9.909,3 | 10.248,8 |
| 1415 Sonstige an Gemeinden und Gemeindeverbände | 633 | 3.113,6 | 3.413,9 | 3.326,1 | 3.456,5 | 3.661,7 |
| 1416 Sondervermögen | 614, 634 | 2,8 | 2,8 | 0,7 | 0,7 | 0,7 |
| 1417 Zweckverbände | 617, 637 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,4 | 1,4 |
| 1418 Sozialversicherungsträger | 616, 636 | 4,6 | 4,5 | 4,5 | 4,5 | 4,5 |
| 142 an andere Bereiche | | | | | | |
| 1422 Sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen | 682-683, 685 | 4.766,5 | 4.719,1 | 4.774,5 | 4.799,0 | 4.805,5 |
| 1423 Renten, Unterstützungen u.ä. | 681 | 642,8 | 617,8 | 623,8 | 625,4 | 625,6 |
| 1424 Soziale und ähnliche Einrichtungen | 684 | 1.551,2 | 1.707,6 | 1.722,2 | 1.758,5 | 1.811,9 |
| 1425 Ausland | 687-688 | 18,2 | 18,9 | 15,8 | 14,7 | 14,7 |
| 15 Schuldendiensthilfen | | | | | | |
| 151 an öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 1511 an Länder | 622 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1512 Gemeinden und Gemeindeverbände | 623 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1513 an sonstigen öffentlichen Bereich | 621, 624, 626-627 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 152 an andere Bereiche | | | | | | |
| 1521 Unternehmen und öffentliche Einrichtungen | 661-662, 664 | 1,3 | 1,8 | 3,0 | 3,0 | 3,0 |
| 1522 Sonstige im Inland | 663 | 107,2 | 124,5 | 86,4 | 46,4 | 46,4 |
| 1523 Ausland | 666 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Summe lfd. Ausgaben | | 43.085,5 | 44.503,9 | 45.466,5 | 43.415,1 | 44.750,7 |
| 2 Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25) | | | | | | |
| 21 Sachinvestitionen** | | | | | | |
| 211 Baumaßnahmen | 700-799 | 496,0 | 535,5 | 577,2 | 693,5 | 827,5 |
| 212 Erwerb von unbeweglichen Sachen | 820-829 | 17,5 | 4,4 | 16,5 | 3,0 | 3,0 |
| 213 Erwerb von beweglichen Sachen | 810-819 | 181,2 | 191,5 | 190,5 | 204,2 | 210,9 |
| 22 Vermögensübertragungen | | | | | | |
| 221 Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich | | | | | | |
| 2211 Länder | 882 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2212 Gemeinden und Gemeindeverbände*** | 883 | 1.940,6 | 2.173,0 | 2.264,0 | 2.626,5 | 2.655,1 |
| 2213 Zweckverbände | 887 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2214 an sonstigen öffentlichen Bereich | 881, 884, 886 | 16,6 | 13,3 | 4,7 | 4,7 | 4,7 |
| 222 Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche**** | 890-899 | 1.372,2 | 1.290,3 | 1.299,3 | 834,9 | 751,0 |
| 223 Sonstige Vermögensübertragungen | | | | | | |
| 2231 Bund | 691 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2232 Länder | 692 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2233 Gemeinden und Gemeindeverbände | 693 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2234 andere Bereiche | 697-699 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

| Einnahme- bzw. Ausgabeart | Gruppierungsnummer | Haushalt | Haushalt | Haushalt | Planung | Planung |
|--|--------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
| | | | | | | |
| 23 Darlehen | | | | | | |
| 231 an öffentlichen Bereichen | | | | | | |
| 2311 Bund | 851 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2312 Länder | 852 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2313 Gemeinden und Gemeindeverbände | 853 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2314 Zweckverbände | 857 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2315 an sonstigen öffentlichen Bereich | 854, 856 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 232 an andere Bereiche | | | | | | |
| 2321 Sonstige im Inland | 861-863, 870-879 | 193,5 | 176,1 | 176,9 | 176,3 | 136,6 |
| 2322 Ausland | 866 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 24 Erwerb von Beteiligungen u.ä. | 830-839 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 25 Schuldentilgungen an öffentlich Bereich | | | | | | |
| 251 Bund | 581 | 35,5 | 31,2 | 25,9 | 23,1 | 17,7 |
| 252 Sondervermögen | 584 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 253 an sonstigen öffentlichen Bereich | 582-583, 587 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| Summe Ausgaben der Kapitalrechnung | | 4.253,1 | 4.415,3 | 4.555,0 | 4.566,2 | 4.606,5 |
| 3 Globale Mehr- und Minderausgaben | | | | | | |
| 31 Globale Mehrausgaben | 971 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 150,0 | 300,0 |
| 32 Globale Minderausgabe | 972 | -295,7 | -285,4 | -334,7 | -322,9 | -318,2 |
| 33 noch bestehende Deckungslücke | | 0,0 | 0,0 | 0,0 | -157,7 | -450,1 |
| 4 Bereinigte Ausgaben (Ziff. 1 bis 3) | | 47.042,9 | 48.633,8 | 49.686,8 | 47.650,7 | 48.888,9 |
| 5 Besondere Finanzierungsvorgänge | | | | | | |
| 51 Tilgungsausgaben an Kreditmarkt** | | | | | | |
| 511 Kreditmarktmittel | 595 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 512 Ausgleichsforderungen | 593 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 513 Sozialversicherungsträger | 592 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 514 Sonstige | 591, 596 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 52 Zuführung an Rücklagen***** | 910-919 | 804,0 | 1.901,2 | 2.235,4 | 642,0 | 741,1 |
| 53 Deckung von Vorjahresfehlbeträgen | 960-969 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 6 Zu- und Absetzung | | | | | | |
| 61 ./ Schätzung für Leertitel | | | | | | |
| 62 ./ Sonderhaushalte | | | | | | |
| 63 ./ Bruttostellungen | | | | | | |
| 64 + Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.) | 980-989 | 17,3 | 14,8 | 14,7 | 14,7 | 14,7 |
| 7 Abschlußsumme der Haushalte (Ziff. 4 + 5 + 6) | | 47.864,2 | 50.549,8 | 51.936,9 | 48.307,4 | 49.644,7 |

Abweichung in den Summen durch Runden der Zahlen
0 = Ansatz Null bzw. unter 500 Tsd. EUR

* Bis einschließlich 2019 sind Entnahmen für Maßnahmen i.S.d. VO zu § 18 LHO vorgesehen.

** Ggf. zusätzliche Zuführungen aus den Mitteln i.S.d. VO zu § 18 in den Haushaltsjahren, die in der Übersicht derzeit unter Ziffer 52 (Zuführung an Rücklagen) erfasst sind.

***Die Steigerung bei Gruppierung 883 von 2019 auf 2020 lässt sich u.a. darauf zurückführen, dass der Kommunale Investitionsfonds in der Mifri dort zentral veranschlagt wird, während er im Haushalt in den Einzelplänen etatisiert wird und nur zum Teil der Gruppierungsnummer 883 zugeordnet wird. Der Wechsel der Gruppierungssystematik zwischen Haushalt und Planung ab 2020 führt somit zu einem Rückgang in den Gruppierungsnummern 890-899.

Das Land beteiligt sich in den Jahren 2017 bis 2019 in Höhe von 10 % der Tilgungsverpflichtung nach der VO zu § 18 LHO.

**** Das Land beteiligt sich in den Jahren 2017 bis 2019 mit jährlich bis zu insg. 20,0 Mio. EUR an der Ersatzbeschaffung von Schienenfahrzeugen im kommunalen Schienenverkehr.

*****Enthält bis einschließlich 2019 Mittel zum Abbau der (impliziten) Verschuldung gem. der VO zu § 18 LHO, die somit noch nicht bei ihrem jeweiligen Verwendungszweck (z.B. Investitionen) zugeordnet sind.

Übersicht 4

Übersicht über die wichtigsten Eckdaten zur Haushaltsentwicklung des Landes Baden-Württemberg

| | 2016 Ist | 2017 StHPI. | 2018 StHPI. | 2019 StHPI. | 2020 MifriFi | 2021 MifriFi |
|--|-------------|----------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|
| A. Haushaltsansätze in Mio. € | | | | | | |
| 1. EINNAHMEN | | | | | | |
| 1.1 Gesamteinnahmen | 51.332 | 47.864 | 50.550 | 51.937 | 48.307 | 49.645 |
| 1.2 Bereinigte Einnahmen* | 47.670 | 46.772 | 49.353 | 50.360 | 48.527 | 49.732 |
| 1.3 Steuereinnahmen | 36.185 | 36.542 | 39.120 | 39.900 | 38.190 | 39.340 |
| 1.4 Nettokreditaufnahme (Minusbeträge bedeuten Tilgung) <i>nachrichtlich: Abbau (impliziter) Verschuldung</i> | -0,8 | 0 | -250 | -250 | -235 | -102 |
| <i>insgesamt**</i> | | -411 | -1.737 | -2.071 | | |
| 2. AUSGABEN | | | | | | |
| 2.1 Formales Haushaltsvolumen | 47.794 | 47.864 | 50.550 | 51.937 | 48.307 | 49.645 |
| 2.2 Bereinigte Ausgaben* | 47.176 | 47.043 | 48.634 | 49.687 | 47.651 | 48.889 |
| 2.3 Personalausgaben (HG 4) | 16.093 | 17.343 | 17.405 | 17.942 | 18.493 | 18.988 |
| 2.4 Investitionen | 4.354 | 4.218 | 4.384 | 4.529 | 4.543 | 4.589 |
| 2.5 Schuldendienst | 1.494 | 1.679 | 1.636 | 1.739 | 1.777 | 2.015 |
| -Zinsen | 1.462 | 1.644 | 1.605 | 1.713 | 1.754 | 1.997 |
| -Tilgungen | 32 | 35 | 31 | 26 | 23 | 18 |
| 3. FINANZIERUNGSSALDO*** | 494 | -271 | 719 | 673 | 876 | 843 |
| B. Zuwachsraten in v.H. | | | | | | |
| 1. EINNAHMEN | | | | | | |
| 1.1 Bereinigte Einnahmen | 8,2 | -1,9 | 5,5 | 2,0 | -3,6 | 2,5 |
| 1.1.1 Bereinigt um Drittmittel (im Ist) | 8,3 | -1,9 | 5,5 | 2,0 | -3,6 | 2,5 |
| 1.2 Steuereinnahmen | 9,5 | 1,0 | 7,1 | 2,0 | -4,3 | 3,0 |
| 2. AUSGABEN | | | | | | |
| 2.1 Formales Haushaltsvolumen | 6,3 | 0,1 | 5,6 | 2,7 | -7,0 | 2,8 |
| 2.2 Bereinigte Ausgaben | 8,0 | -0,3 | 3,4 | 2,2 | -4,1 | 2,6 |
| 2.2.1 Bereinigt um Drittmittel (im Ist) | 8,1 | -0,3 | 3,4 | 2,2 | -4,1 | 2,6 |
| 2.2.2 weitere Bereinigung um Zukunftsoffensiven | 8,0 | -0,2 | 3,4 | 2,2 | -4,1 | 2,6 |
| 2.3 Personalausgaben | 2,4 | 7,8 | 0,4 | 3,1 | 3,1 | 2,7 |
| 2.3.1 Bereinigt um Drittmittel (im Ist) | 2,5 | 7,8 | 0,4 | 3,1 | 3,1 | 2,7 |
| 2.4 Investitionen | 1,1 | -3,1 | 3,9 | 3,3 | 0,3 | 1,0 |
| 2.4.1 Bereinigt um Drittmittel (im Ist) | 1,2 | -3,1 | 3,9 | 3,3 | 0,3 | 1,0 |
| 2.5 Zinsen | -4,9 | 12,4 | -2,4 | 6,8 | 2,4 | 13,8 |
| C. Quoten in v.H.**** | | | | | | |
| 1. Steuerdeckungsquote | 76,7 | 77,7 | 80,4 | 80,3 | | |
| 2. Personalausgabenquote | 34,1 | 36,9 | 35,8 | 36,1 | | |
| 3. Personalausgaben-Steuer-Quote***** | 44,5 | 47,5 | 44,5 | 45,0 | 48,4 | 48,3 |
| 4. Investitionsquote | 9,2 | 9,0 | 9,0 | 9,1 | | |
| 5. Zinsquote | 3,1 | 3,5 | 3,3 | 3,4 | | |
| 6. Zinsausgaben-Steuer-Quote***** | 4,0 | 4,5 | 4,1 | 4,3 | 4,6 | 5,1 |
| 7. Kreditfinanzierungsquote | 0,0 | 0,0 | -0,5 | -0,5 | | |

* Ber. Einnahmen = Einnahmen ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen, Überschüssen aus Vorjahren und hhtech. Verrechnungen

* Ber. Ausgaben = Ausgaben ohne Tilgung von Kreditmarktmitteln, Zuführung an Rücklagen, Deckung von Vorjahresfehlbeträgen und hhtech. Verrechnungen

** Die negative Kreditaufnahme von jeweils 250 Mio. Euro in 2018 und 2019 ist in dem nachrichtlich ausgewiesenen Abbau (impliziter) Verschuldung enthalten.

*** Ab 2020 rein rechnerisches Ergebnis; haushaltswirtschaftlicher Handlungsbedarf 2020 = -157,7 Mio. Euro, 2021 = -450,1 Mio. Euro.

**** Die Quoten in der Mittelfristigen Finanzplanung in Bezug auf die Bereinigten Ausgaben sind aufgrund des haushaltswirtschaftlichen Handlungsbedarfs nicht aussagekräftig, und werden daher nicht dargestellt.

***** Personalausgaben-Steuer-Quote = Personalausgaben im Verhältnis zu den Steuereinnahmen

***** Zinsausgaben-Steuer-Quote = Zinsausgaben im Verhältnis zu den Steuereinnahmen

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Finanzen
Neues Schloss
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart

Telefon: (0711) 123-0

Telefax: (0711) 123-4791

E-Mail: poststelle@fm.bwl.de

Druck:

Printsystem GmbH Heimsheim

Bildnachweis:

Deckblatt: fotolia / A.Singkham

Sollte zur besseren Lesbarkeit darauf verzichtet worden sein, jeweils die weibliche und die männliche Bezeichnung zu verwenden (z.B. Polizistinnen und Polizisten), ist mit dem männlichen Begriff die weibliche und männliche Person gemeint.



Schlossplatz 4 (Neues Schloss) · 70173 Stuttgart · Telefon 0711 123-0 · Telefax 0711 123-4791
poststelle@fm.bwl.de · www.finanzministerium.de · www.service-bw.de